

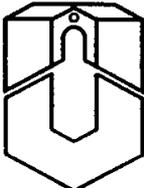


IMIS

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS-BEITRÄGE

Heft 4 / 1996

UNIVERSITÄT  OSNABRÜCK

IMIS-BEITRÄGE

Heft 4, Oktober 1996

Herausgegeben vom
Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Redaktionsanschrift:
IMIS / FB 2
Universität Osnabrück
D – 49069 Osnabrück
Tel.: (+49) 0541/969-4384
Fax: (+49) 0541/969-4380

ISSN 0949-4723

Die IMIS-BEITRÄGE enthalten Projektergebnisse und Informationen des Instituts sowie Vorträge am Institut.

Inhalt

Vorwort3

Gabriele Erpenbeck

Die Neuordnung der Migrationsdienste
in Deutschland.....5

Wolfgang M. Pfeiffer

Psychiatrie in der Begegnung der Kulturen25

Richard Alba

How relevant is assimilation?41

Autorenhinweise72

Vorwort

Dieses Heft der IMIS-Beiträge vereinigt drei am IMIS bzw. am Niedersächsischen Landeskrankenhaus Osnabrück gehaltene Vorträge. Aus Gründen der Authentizität wurde der Wortlaut der Vorträge ohne wesentliche Veränderungen übernommen.

Im ersten Beitrag befaßt sich die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, **Gabriele Erpenbeck**, mit der heterogenen Zuwanderungssituation in Deutschland sowie mit politischen Gestaltungsfragen und mit Überlegungen zu einer notwendigen Reform der inländischen Migrationsdienste. Sie zeigt, wie flexibel die Migrations- und Migrationssozialdienste im Hinblick auf die unterschiedlichen Migrantengruppen reagieren müssen und wie konstruktiv sie die Zuwanderer unterstützen. Schließlich plädiert Gabriele Erpenbeck für eine organisatorische und interkulturelle Öffnung der Regeldienste, was u.a. durch die Einstellung bikultureller Fachkräfte, durch interkulturelle Teamarbeiten und durch eine stärkere Vernetzung der Migrationsdienste erreicht werden kann.

Der Nervenarzt und emeritierte Professor für Psychiatrie und Medizinische Psychologie, **Wolfgang M. Pfeiffer**, reflektiert in seinem Beitrag Aspekte einer transkulturellen Psychiatrie. An konkreten Beispielen zeigt der Verfasser eines bereits klassischen Handbuches zur kulturellen Psychiatrie einerseits kulturspezifische Verhaltensformen mitsamt ihren psychosozialen Kontexten und andererseits auftretende Störungen sowie Ansätze zu ihrer Bewältigung. Die moderne Psychiatrie habe sich gleichermaßen mit der Individualität von Patienten wie auch mit ihrer Beziehungsfähigkeit gegenüber Mitmenschen und »der Welt« auseinanderzusetzen. Insofern setze das Verstehen des Patienten auch jeweils die intensive Beschäftigung mit seiner Kultur voraus.

Der Ethnizitäts- und Migrationssoziologe **Richard Alba**, State University of New York, beleuchtet Assimilationschancen und -wirklichkeiten früherer europäischer Einwanderergruppen in den USA im Vergleich zu heutigen Einwanderern aus Asien, Lateinamerika und der Karibik. Er arbeitet unter Heranziehung vieler empirischer Belege die historischen Assimilationsbedingungen europäischer Einwanderer

heraus, die zeigen, wie sich noch lange im Einwanderungsprozeß Reste ethnischer Orientierungen behaupten. Demgegenüber erschweren heute Prozesse, die sich mit *racial exclusion*, *internal colonisation* und *ethnic enclave economy* beschreiben lassen, die Integrationschancen in der amerikanischen Gesellschaft. Alba plädiert dafür, das Konzept der Assimilation weiterzuentwickeln und von ethnozentrischem sowie ideologischem Ballast zu befreien. Es sollte nicht a priori abgelehnt, sondern wieder Eingang finden in die wissenschaftliche Reflexion, wobei der geschichtliche Erfahrungshintergrund zu bedenken ist, daß auch die Integration der früheren europäischen Einwanderergruppen keineswegs uniform verlief.

Der Vorstand: Prof. Dr. Klaus J. Bade,
Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer,
Prof. Dr. Hans-Joachim Wenzel

Die Neuorientierung der Migrationsdienste in Deutschland

Von Gabriele Erpenbeck

1. Migrationsdienste im politischen und gesellschaftlichen Kontext

Die Migrationsdienste, ihre Entwicklung und heutige Ausgestaltung sind nur zu verstehen als Antwort auf die politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen, unter denen sich Zu- und Einwanderung sowie die Integration der Migranten abspielen. Einerseits müssen sie oft sehr schnell und kurzfristig auf Änderungen der Rahmenbedingungen reagieren. Dies wird im Rückblick deutlich zu den Zeiten, in denen einschneidende migrationspolitische oder rechtliche Änderungen zu verzeichnen sind. Zwei Daten seien hier beispielhaft genannt. Nach dem Anwerbestopp 1973 wurde aus einer überwiegenden Arbeitnehmerzuwanderung eine Zuwanderung zum Zweck des Familiennachzugs mit zunehmenden Tendenzen zur Niederlassung. Der Asylkompromiß von 1993 führte dann zu durchgreifenden Änderungen nicht nur im Flüchtlings- und Asylrecht, sondern auch bei den Einwanderungsmöglichkeiten für deutschstämmige Aussiedler. Auf der anderen Seite sind die Migrationsdienste oft die ersten, die Veränderungen in den Verhaltensweisen der Migranten wahrnehmen und auf geänderte Bedürfnisse öffentlich aufmerksam machen. Die Dienste mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reagieren also in doppelter Hinsicht. Sie stehen im Spannungsfeld zwischen den Bedingungen, die Staat und Gesellschaft setzen, und den Entwicklungen oder Problemen der Migranten als Individuen oder Gruppen. Sie stoßen immer wieder an Grenzen, die seltener durch Widerstände bei den Klienten, weitaus häufiger durch Politik und Recht gesetzt sind.

1.1. Deutschland: ein Einwanderungsland

Deutschland ist fast immer Einwanderungsland gewesen, wie auch fast immer Menschen aus Deutschland ausgewandert sind. Der Begriff ›Einwanderungsland‹ ist allerdings inzwischen zu einem Kampfbegriff verkommen. Auch dies hat bis heute eine weiterführende Diskussion darüber verhindert, wie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Staat und Gesellschaft aussehen müssen, wenn Zuwanderung – egal aus welchen Gründen – stattfindet und ethnische oder kulturelle Mehrheiten und Minderheiten im Arbeits- und Alltagsleben miteinander auskommen müssen. Dies hat auch die Diskussion im politischen Bereich darüber

verhindert, ob bzw. wie Zuwanderung gesteuert werden kann oder soll. Es gab und gibt immer wieder Zeiten, in denen sich in der Politik und der Öffentlichkeit die Meinung durchsetzt, es kämen zu viele Zuwanderer nach Deutschland – sei es im Rahmen des Familiennachzugs, sei es als Flüchtling oder Aussiedler. Es wird so ein Klima erzeugt, auf das sich dann wiederum Politiker berufen, um Restriktionen in den Zuwanderungs- oder auch Integrationsregeln durchzusetzen. Das ist auch Steuerung, aber nach meiner Ansicht die schlechteste Art, jedenfalls vom Ergebnis her gesehen. Eine Folge ist nämlich: Die jeweilige Stimmungsmache gegen Zuwanderung muß von Mal zu Mal verstärkt werden, um überhaupt noch Wirkungen zu zeigen. Manche Restriktionen gehen ins Leere, andere wirken nur kurze Zeit und wiederum andere halten die fern, die eigentlich noch zugelassen werden sollten. Das bleibt der Öffentlichkeit nicht verborgen und führt auch nicht zu größerer Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden.

Auf die zugewanderten Bevölkerungsgruppen hat diese Art des Ablaufs ebenfalls unterschiedliche Wirkungen. Einige kapseln sich stärker von der Mehrheitsgesellschaft ab, versuchen sich einzuigeln, um sozusagen unsichtbar zu sein; andere fürchten die Rückkehr unter Zwang und können ihre Energien und Fähigkeiten nicht zum Leben hier einsetzen; die nächsten »flüchten sich« – kann man fast sagen –, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, in die Einbürgerung; und dann gibt es auch noch diejenigen, die ein provozierend gemeintes, übersteigertes Selbstwertgefühl nach außen demonstrieren.

So entsteht eine gesellschaftliche Gemengelage, die nur schwer zu verstehen oder gar zu vermitteln ist. Ergebnis ist die Blockade von politischer Gestaltungsfähigkeit. Daß die Aufhebung dieser Blockade auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Mehrheitsbevölkerung liegen sollte, macht das Ergebnis einer Untersuchung deutlich, die Bundesbauminister Töpfer vor knapp einem Jahr veröffentlicht hat. Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung stellte folgende Prognose: Im Jahr 2010 – also in weniger als 15 Jahren – werden 85,7 Mio. Menschen in der Bundesrepublik leben, das sind 5,4 Mio. mehr als Ende 1991. Dieser Zuwachs wird nicht durch einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung entstehen. Es wird vielmehr mit einem positiven Wanderungssaldo über die Außengrenzen von 8,1 Mio. Menschen gerechnet. Selbst wenn man dieser Prognose eine Fehlerquote von etwa 10% unterstellt, muß in jedem Fall von einem positiven Wanderungssaldo von deutlich über 7 Mio. Menschen ausgegangen werden. Dabei handelt es sich um zwei Gruppen: um die nach Deutschland auswandernden deutschstämmigen Spätaussiedler vor allem aus der GUS und um ausländi-

sche Staatsangehörige, die aus vielerlei Gründen für kürzere oder längere Zeit oder auch für immer nach Deutschland kommen. Die Meldung und der Bericht selbst haben weder für eine öffentliche noch für eine politische Diskussion gesorgt.

Die alte Bundesrepublik Deutschland hat zu ihrer Zeit zwischen 1949 und 1990 Zuwanderung unterschiedlichster Gruppen von Menschen und in unterschiedlichen Phasen erlebt. Dem wurde rechtlich, gesellschaftlich und sozial einerseits immer wieder differenziert, andererseits vor allem in der Einstellung der jeweils einheimischen Bevölkerung nicht selten völlig undifferenziert begegnet. Wenn auch verschiedene Phasen der Zuwanderung erkennbar sind, so sind sie nicht immer sauber voneinander zu trennen. Sie haben sich oft über recht lange Zeiträume überschritten. Die alte Bundesrepublik hat in ihren 41 Jahren die Zuwanderung von etwa 15 Mio. Vertriebenen, Flüchtlingen, Aus- und Übersiedlern erlebt. Diese Zahl allein entspricht rund einem Viertel der Bevölkerung vor der Vereinigung 1990. Zwischen 1955 und 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, sind 14 Mio. Ausländer in die Bundesrepublik gekommen, von denen nach längerem oder kürzerem Aufenthalt 11 Mio. (80%) wieder zurückgekehrt sind.

Bei der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer bis 1973 wie auch bei der seit Ende der 1970er Jahre deutlich gestiegenen Einreise von Flüchtlingen und Asylbewerbern gingen und gehen die Regierungen und auch viele der Zuwanderer von einem Aufenthalt auf Zeit aus. Für viele ehemalige »Gastarbeiter« wie auch für nicht wenige (ehemalige) Asylsuchende ist jedoch das Leben in der Fremde oder der neuen Heimat inzwischen alternativlos geworden. Einwanderung in die Länder Westeuropas ist nicht ein einmaliger Willensakt, sondern ein langsamer Prozeß. Deutschland und alle Staaten Westeuropas sind insofern Einwanderungsländer eines spezifisch europäischen Typus.

Die »einheimische« Bevölkerung ist über die Jahre nicht immer eindeutig definierbar. Viele der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat geflüchteten und vertriebenen Deutschen zählten sich erst in den 1960er Jahren zu den »Einheimischen«. Im Augenblick ist – wenn man genau hinsieht und hinhört – festzustellen, daß sich ebenfalls mindestens ein Teil der ehemals angeworbenen Arbeitnehmer und ihrer Familien, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, inzwischen zu den »Einheimischen« zählt. Objektiv fällt den »Einheimischen« die Aufgabe zu, den Zuwanderern die soziale Integration zu ermöglichen. Die Politik hat die Aufgabe, das politische Ziel der Eingliederung, das zwischen Assimilation und Apartheid liegen kann, zu bestimmen, um dann den rechtlichen Rahmen dafür zu

setzen. Wenn es um die Steuerung und Gestaltung von Zuwanderung und Integration geht, muß die in dem genannten Sinne »einheimische« Bevölkerung sowohl in die Analyse wie auch in Überlegungen eines möglichen Maßnahmenkatalogs einbezogen werden. Ziel muß es sein, daß die Einheimischen und diejenigen, die dazukommen, friedlich miteinander leben können und ihre Menschen- und Grundrechte auf dem Fundament der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gewährleistet und geschützt werden.

Es ist nicht so sehr erheblich, ob die Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland, de facto-Einwanderungsland oder untypisches Einwanderungsland definiert wird. Dieser Streit um Begriffe sollte beendet werden, denn niemand kann bestreiten, daß aus vielen, wenn auch nicht aus allen Zuwanderern Einwanderer geworden sind. Eines erscheint sicher: Diese Prozesse werden sich auch in der Zukunft so oder anders wiederholen.

1.2. Deutschland wird auch in Zukunft mit Zuwanderung leben müssen

Zuwanderer nach Deutschland heute sind die deutschstämmigen Aussiedler und ihre Familienangehörigen aus Osteuropa, nachziehende Familienangehörige von ausländischen Arbeitnehmern, Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge derzeit vor allem vom Balkan, Kontingentflüchtlinge und nicht zuletzt Tausende Menschen, die keinerlei legalen Zuwanderungsweg nutzen können. Die Ursachen des Wanderungsdrucks liegen auf der Hand: Politische Verfolgung, Krieg, Naturkatastrophen, ökologische Dauerschäden, wirtschaftliche Not, ethnische Konflikte, Bevölkerungsanstieg. Die meisten Menschen suchen zuerst Schutz oder eine Lebensperspektive im eigenen Land. Andere überschreiten Grenzen zu Nachbarstaaten. Nur einem kleinen Teil gelingt es, bis nach Westeuropa zu kommen.

Nach Deutschland kommen viele Menschen wegen seiner im internationalen Vergleich guten wirtschaftlichen Lage, die sie auf eigene Entfaltungsmöglichkeiten hoffen läßt, und nicht zuletzt – vor allem Flüchtlinge – in der Hoffnung auf Rechtssicherheit und stabile demokratische Verhältnisse. Wir können nicht davon ausgehen, daß die Zuwanderung in absehbarer Zukunft geringer wird. Im Gegenteil: Die Zahl der Aussiedler wird in den nächsten Jahren konstant bei ca. 200.000 liegen, und die zentralen Wanderungsursachen für die anderen Gruppen werden eher zu- als abnehmen. Es muß auch zur Kenntnis genommen werden, daß von den großen Zuwanderergruppen eine eigene Nachzugsdynamik ausgeht.

Alle Bemühungen und Pläne, Flucht- und Migrationsursachen vor Ort zu bekämpfen, werden nur langfristig wirken. Ursachenbekämpfung ist dennoch nötig. Sie kann auch die begründete Hoffnung bei den Auswanderungswilligen wecken, daß es in der Heimat doch noch eine Zukunftsperspektive mindestens für die nächste Generation gibt. Politisch, sozial und wirtschaftlich ungewollte Zuwanderung läßt sich auf Dauer nur vermindern, wenn die Ursachen von Flucht und Abwanderung wirksam und nachhaltig bekämpft werden. Dies kann nur mit Mitteln der Außen-, Menschenrechts-, Umwelt-, Außenwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Konfliktlösungsstrategien geschehen. Hier ist allerdings ein einzelner Staat in der Regel überfordert. Nur im politischen Zusammenspiel der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und darüber hinaus mit anderen Staaten könnte die Politik der Ursachenbekämpfung von Abwanderung Erfolge haben.

Wie alle Staaten der Europäischen Union versucht auch Deutschland, die Zuwanderung strikt zu begrenzen. Die Grenzen und Probleme dieser Politik müssen allerdings auch genannt werden. Einerseits führt sie dazu, daß die Zahl von Menschen ohne Aufenthaltsstatus in all diesen Staaten deutlich zunimmt. Andererseits macht sie das Asylverfahren so begehrt, weil es derzeit fast die einzige legale Möglichkeit des Zuzugs außerhalb der Familienzusammenführung ist.

Die neuen Freizügigkeitsregelungen in der Europäischen Union eröffnen neue Wanderungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und Selbständige aus den Unionsstaaten. Gleichzeitig wächst der Sockel der Langzeitarbeitslosen, auch bei den nichtdeutschen Minderheiten und den Aussiedlern. Abgesehen von den Folgen der Umstrukturierung in weiten Bereichen der Wirtschaft, hängt dies vor allem mit unzureichenden oder nicht gefragten beruflichen Qualifikationen zusammen. Dies verschärft nicht nur soziale Spannungen, sondern kann auch zu steigender Ablehnung von Zuwanderung jeglicher Art führen.

Vor diesem Hintergrund muß die Entwicklung von Wanderung, Integration und Zusammenleben politisch gestaltet werden. Nur dann kann es gelingen, Ängste zu überwinden und die positiven Aspekte von Wanderung und Integration für den einzelnen und für die Gesellschaft stärker nutzbar und sichtbar zu machen. Vorrangig ist dabei die Erkenntnis, daß es für Folgeprobleme von unerlaubter und erst recht von unerwünschter Zuwanderung keine abschließenden Lösungen gibt. Kein wie immer geartetes akzeptables Instrument kann illegale Zuwanderung ganz verhindern. Es gibt nur bessere oder schlechtere Gestaltung von Zuwanderung. Aber auch aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland müssen die Möglich-

keiten erwünschter Einwanderung diskutiert werden. Die Weigerung, Deutschland als ein Einwanderungsland zu verstehen, hat auch zur Folge, daß es an transparenten und plausiblen politischen Steuerungsmechanismen und Institutionen fehlt. Das ist ein enormes Hindernis für eine sachgerechte Gestaltung der Wanderungs- und Integrationspolitik.

Derzeit wissen z.B. die zuständigen Innenbehörden nicht einmal, wieviel Zuwanderer jährlich ins Land kommen, um hier ihren dauernden Aufenthalt zu nehmen. Auch die genaue Zahl der Kriegsflüchtlinge ist nicht bekannt. Ebenso gibt es keine Daten zum jährlichen Zuzug von Familienangehörigen von Nichtdeutschen, die in der Bundesrepublik leben. Diese Unkenntnis der Fakten steht oft im Gegensatz zu Stimmungsbildern, die über Gefahren durch grenzüberschreitende und Ausländerkriminalität in Deutschland verbreitet werden.

Eine zukunftsorientierte Migrationspolitik macht eine umfassende, rechtlich geregelte Einwanderungskonzeption erforderlich, die aus einer globalen Betrachtungsweise die unterschiedlichen Lösungsansätze für die jeweiligen Gruppen formuliert. Dazu könnte beispielsweise eine kontrollierte Einwanderung für wirtschaftliche Tätigkeiten gehören, die in Deutschland zwar nachgefragt, aber kaum noch wahrgenommen werden. Auf diese Art und Weise könnten die positiven Aspekte von Einwanderung von vornherein für alle Beteiligten deutlicher werden. Kontrollierte Einwanderung aus ausgewählten Ländern – selbst in Form einer geringen jährlichen Quote – verringert mit Sicherheit die Zahl der illegalen Zuwanderer.

Zu einer aktiven Migrationspolitik gehören auch Unterstützungsprogramme für freiwillige Rückkehr, etwa Informationen und Beratung über die Situation im Heimatland, über Ausbildung, finanzielle Starthilfen und die Überleitung von erworbenen Ansprüchen aus der Sozialversicherung.

1.3. Integrationshemmnisse in den rechtlichen Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die Integration muß die Aufnahmegesellschaft setzen, rechtlich und nicht zuletzt auch atmosphärisch. Konkret bedeutet dies z.B.: Wer ein legales Zuwanderungsrecht hat – das sind z.B. immerhin Zehntausende von Familienangehörigen –, der braucht von Anfang an Integrationschancen in Wirtschaft und Gesellschaft. Für sie ist die Erteilung einer Arbeits- oder Gewerbe-erlaubnis ohne Wartezeiten deshalb unverzichtbar. Auch für Zuwanderer mit vorübergehendem Aufenthaltsstatus, wie Kriegsflüchtlinge, müssen wirtschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Teilhabe am Arbeitsmarkt heißt

immer auch Qualifizierung; nur so können Fertigkeiten erworben und weiter entwickelt werden, die sowohl hier als auch bei der Rückkehr ins Heimatland gebraucht werden. Im Bereich der beruflichen Qualifikation sind jugendliche Flüchtlinge rechtlich benachteiligt – ein Zustand, der für die Betroffenen, aber auch für uns alle schädlich ist. Abhängigkeit von den Leistungen der Sozialhilfe oder dem Asylbewerberleistungsgesetz über mehrere Jahre führt in den allermeisten Fällen auch zur Verkümmern der Fähigkeiten, die im Arbeitsleben gefordert sind. Schulische Bildung ist einerseits Integrationschance und andererseits auch Fundament für Wiedereingliederungschancen bei einer vielleicht nicht zu vermeidenden Rückkehr oder Weiterwanderung. Dies gilt auch für die Berufsausbildung. Und wie für die Schule gilt: Niemand sollte bei der Berufsausbildung von Gesetzes wegen benachteiligt sein.

Je zügiger und konsequenter die Eingliederung von Zuwanderern gelingt, desto mehr zeigen sich die positiven Aspekte von Wanderung. In Deutschland gab es bis weit in die 1980er Jahre beachtliche Integrationserfolge. Sie beruhten hauptsächlich auf durchlässigen und wachsenden Arbeitsmärkten und auf Bildungserfolgen ausländischer Kinder und Jugendlicher. Heute sind dagegen Segregationstendenzen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr zu übersehen. Die Zahl der arbeitslosen Nichtdeutschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, steigt. Die Zahl der ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß stagniert seit einigen Jahren zwischen 20% und 25% eines Jahrgangs. Wichtig bleibt daher, für die sogenannte zweite und dritte Generation schul- und berufsbegleitende Unterstützung zur Verfügung zu stellen, damit die notwendige berufliche Qualifizierung möglich wird. Diese Kinder und Jugendlichen haben keine Alternative zu einem Leben in Deutschland. Ähnliche Entwicklungen bahnen sich bei den Kindern aus Aussiedlerfamilien an. Es muß uns allen daran gelegen sein, daß sie eines Tages erfolgreich in das Berufsleben integriert sind.

Ein größerer Teil der eingewanderten ausländischen und Aussiedlerfamilien ist für Angehörige von bis zu drei verschiedenen Generationen auf Unterstützungs- und Förderungsprogramme (etwa für Sprachkurse, Berufsausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen) angewiesen, um berufliche Aufstiegschancen zu haben. Für diese Ausgleichs- und Förderprogramme wird gegenwärtig immer weniger Geld zur Verfügung gestellt.

Das Ausländergesetz enthält darüber hinaus eine Reihe von integrationshemmenden Vorschriften. Zwei Beispiele dazu: die Wartezeiten für die Familienzusammen-

führung sind zu lang und die derzeitigen Voraussetzungen zu rigide; der erreichte Aufenthaltsstatus kann immer noch unter bestimmten Voraussetzungen rückgängig gemacht werden. Beides behindert als beständige Unsicherheit eine längerfristige Lebensplanung und ist in hohem Maße integrationshemmend.

Voraussetzung für wirkliche soziale Integration ist die berechenbare, schrittweise rechtliche Integration bis hin zur Einbürgerung. Erfahrungen insbesondere mit der in Deutschland herangewachsenen sogenannten zweiten Migrantengeneration zeigen, daß ab einem bestimmten Zeitpunkt die soziale Integration nicht wirklich gelingt, wenn die Einbürgerung rechtlich und vor allem emotional für diese Gruppe nur schwer erreichbar gemacht wird. Durch die Einbürgerung erfolgt die rechtliche Gleichstellung. Erst dadurch wird die Möglichkeit gegeben, in unserer Gesellschaft gleichberechtigt Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die hier geboren und aufgewachsen sind oder hier seit vielen Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben, sind Einbürgerungserleichterungen längst überfällig. Die Ergänzung des jus sanguinis durch das jus soli sowie die häufigere Hinnahme von Mehrstaatigkeit sind international bewährte Lösungswege. In der rechtspolitischen Diskussion wird zu oft übersehen, daß der Zwang, für die Einbürgerung auf die mitgebrachte Staatsangehörigkeit zu verzichten, eine nicht zu unterschätzende psychologische Dimension hat. Nicht wenige meinen, daß sie dann ihre Wurzeln verleugneten. Deshalb sollte den Gesetzgeber bei der anstehenden Novellierung des Einbürgerungsrechtes die Grundüberzeugung demokratischer Gemeinwesen leiten, daß es für Staat und Gesellschaft nicht gut ist, Menschen an ihrem ständigen Wohnsitz auf Dauer die Bürgerrechte vorzuenthalten.

Das Angebot der Einbürgerung richtet sich nicht zuerst an Angehörige der Europäischen Union. Für den Bereich der EU geht es darum, die Bürgerrechte am jeweiligen Wohnsitz möglichst umfassend zu gewährleisten. Das aktive und passive Kommunalwahlrecht ist ein erster Schritt in diese Richtung.

1.4. Integrationswiderstände in der Gesellschaft

Selbst Einbürgerung macht nicht automatisch »Fremde« zu akzeptierten »Mitbürgern«. Menschen anderer Herkunft, Kultur, Religion und Sprache, ausländische wie deutsche Staatsangehörige vor Diskriminierung und Diffamierung zu schützen, gehört zu den selbstverständlichen Pflichten einer Gesellschaft, in der Mehrheiten mit Minderheiten zusammenleben. Deutschland hat sich im »Internationalen Abkommen zur Vermeidung von Rassendiskriminierung« von 1966 verpflichtet, sol-

che Vorschriften in die nationalen Gesetze einzufügen. Das Versprechen ist bisher nicht eingelöst worden. Ein Antidiskriminierungsgesetz würde für Deutsche wie Ausländer ein Signal setzen.

Soziale Integration muß auch in den Stadtteilen und Nachbarschaften gelingen. Dort, wo zeitweilig oder gar auf Dauer Siedlungskolonien von Zuwanderern entstehen, gibt es vor allem in der Freizeit nur wenige persönliche Beziehungen zu den Einheimischen. Andererseits kann auch die Vereinzelung ausländischer oder Aussiedlerfamilien in ihrem Wohnumfeld zur Isolation führen. Selbst kleine nachbarschaftliche Konflikte, wie sie überall vorkommen, können leicht zum Nährboden für wachsende Vorurteile werden. Die zugewanderten Familien wohnen häufig beengter als Einheimische, sie sind oft größer und pflegen den Zusammenhalt mit Verwandten und Freunden intensiver. Andererseits ziehen sie manchmal auch das Wohnen in den Stadtteilen vor, in denen Menschen gleicher Herkunft wohnen. Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt regelt sich für Zuwanderer unter etwas anderen Voraussetzungen als für Deutsche. Die Wohnungsfrage ist z.Zt. eines der größten Probleme der jungen Familien der sogenannten zweiten Generation der Ausländer. Sie ist zunächst ähnlich gelagert wie bei allen jungen Familien. Nicht selten aber gibt es Vorbehalte gegenüber Ausländern bei den Vermietern.

Es müssen Wege gefunden werden, die die durchaus vorhandene Illusion abzubauen geeignet sind, daß Einebnung und Verleugnung von kulturellen, religiösen und anderen Unterschieden Konflikte vermeide und ein harmonisches gesellschaftliches Zusammenleben erzeuge. Das Gegenteil ist der Fall, denn der mitmenschliche Umgang wird im allgemeinen zunächst einmal komplizierter und unüberschaubarer. Darum sind neue Konfliktlösungs- und Vermittlungsstrategien notwendig. Mehr und mehr gewinnt die Fähigkeit an Bedeutung, sich auf Vielfalt einlassen und damit souverän umgehen zu können. Kulturübergreifende Verständigung, interkulturelle Konfliktfähigkeit und Toleranz können gefördert und gelernt werden. Entscheidend ist jedoch, daß die einheimische Bevölkerung sich ihrerseits einem beiderseitigen Integrationsprozeß öffnet.

Ein wesentlicher Bereich der kulturellen Integration läuft über die Eingliederung der Kinder in das deutsche Schulsystem. Formale Schulabschlüsse gibt es nur, wenn die deutsche Schule mit Erfolg abgeschlossen wird. Schule ist auch für die deutschen Kinder ein wichtiger Ort, an dem sie fundierte Informationen z.B. über Herkunftskulturen und -länder ihrer Mitschüler bekommen können. Darüber hin-

aus ist die Schule für alle Kinder und Jugendlichen der zentrale Ort, erste Fähigkeiten für den interkulturellen Umgang zu erwerben.

Zu den Bedingungen der Integration gehört es nicht zuletzt für die einheimische Mehrheit aber auch, möglichst gute Kenntnisse über die eigenen kulturellen Wurzeln und das eigene Wertesystem zu besitzen. Nur wer weiß, woher er selbst kommt und auf welchem Fundament er steht, kann selbstbewußt, tolerant und vorurteilslos mit Menschen anderer Herkunft umgehen und zusammenleben. Dann lassen sich auch kulturell bedingte Konflikte leichter bewältigen.

Wir leben nicht in einer homogenen Gesellschaft. Die kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt wird eher zu- als abnehmen. Die Fähigkeit, damit umzugehen, kann gelernt werden. Wichtig ist auch, daß im gesamten Bildungsbereich, in den verschiedenen Diensten, in der Verwaltung, in den Medien und in der konkreten Alltagsgestaltung interkulturelle Aspekte berücksichtigt werden.

Eine wichtige Frage ist die Beteiligung der eingewanderten Bevölkerung am öffentlichen Leben auch unterhalb der Ebene des Wahlrechts. Ihre Selbstorganisationen bieten häufig erst die Möglichkeit, sich konstruktiv zu engagieren. Die Unterstützung der Selbstorganisationen gehört deshalb zu den wirksamsten Integrationshilfen.

Neu ist der inzwischen zunehmende Anteil älterer Einwanderer. Die Migranten der ersten Generation, die bis zum Anwerbestopp nach Deutschland gekommen sind, wachsen ins Rentenalter. Die Rückkehrbereitschaft ist schwächer geworden, weil die meisten bei ihren Kindern und Enkelkindern bleiben wollen und sie das Gesundheitswesen in Deutschland zu schätzen wissen, und neuerdings auch, weil die durch Beiträge erworbenen Ansprüche aus der Pflegeversicherung nicht in die Herkunftsländer transferiert werden können. Jetzt ist es wichtig und sinnvoll, im Bereich der für deutsche Bedürfnisse ausgelegten Altenhilfe Ausbildungsinitiativen und Selbsthilfeprojekte von und mit Migranten ins Leben zu rufen und zu fördern, damit Altwerden für sie nicht zu einer unerträglichen Belastung wird.

2. Migrationsdienste

Migrationsdienste und Migrationssozialarbeit sind noch relativ junge Begriffe, aber das, was sie bedeuten, muß nicht neu erfunden werden. Es ist die begriffliche, inhaltliche und organisatorische Klammer für soziale Arbeit mit Arbeitsmigranten, Flüchtlingen und Aussiedlern. Sozialdienste für Migranten gibt es unter verschiedenen Bezeichnungen seit inzwischen genau 100 Jahren. Der Deutsche Caritasverband hat im April dieses Jahres das 100jährige Jubiläum seines Sozialdienstes für Italiener in Deutschland begangen.

2.1. Entwicklung der Migrationsdienste

Die Notwendigkeit einer Sozialberatung für Ausländer nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich aus der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer in den 1950er und 1960er Jahren. Dieser Sozialdienst beschränkte sich zunächst auf arbeitsmarktpolitische Motive (Sprachkurse, Betriebsdolmetscher, Wohnheimbetreuung etc.). In der Folgezeit entwickelte sich die Beratung weiter, indem sie sich auch allgemeiner sozialer Probleme der Betroffenen annahm. Dies führte schließlich zum Aufbau eines speziellen Ausländersozialdienstes, der seit Ende der 1960er Jahre auch aus öffentlichen Mitteln gefördert wurde. Dieser Sozialdienst sollte bewußt nicht an die vorhandenen kommunalen Sozialdienste angebunden sein. Einerseits waren die Regeldienste dazu nicht in der Lage (unzureichende personelle Ausstattung, Sprachprobleme etc.), andererseits galt es aber auch, den Projektstatus der Aufgabe im Auge zu behalten, denn es wurde von der Rückkehr der ausländischen Arbeitnehmer in ihren Heimatstaat ausgegangen.

Finanziert wurden die Spezialdienste zunächst ausschließlich aus Bundesmitteln. Erst seit Ende der 1970er Jahre beteiligten sich auch die Bundesländer an der finanziellen Förderung. Als Träger der Spezialdienste wurden die kirchlichen Wohlfahrtsverbände gewonnen (Caritasverband, Diakonische Werke). Durch die gezielte Anwerbung von Arbeitnehmern aus der Türkei und Jugoslawien entstand ein neues Problem, weil keine konfessionelle Verbindung zu den kirchlichen Verbänden bestand. Deshalb wurde schließlich die Arbeiterwohlfahrt mit der Sozialberatung der Türken »beauftragt«. Die Zuständigkeiten wurden nur in geringem Umfang durchlässig gehandhabt oder für Sonderregelungen geöffnet. So hat der Caritasverband in wenigen Fällen Beratungsstellen auch für Türken. Die Beratungsstellen für die (katholischen) Kroaten und Slowenen hat er bis heute eigenständig finan-

ziert; die Diakonischen Werke sind punktuell auch für Türken, Italiener und weitere ausländische Staatsangehörige zuständig.

Die zunächst ehrenamtliche Betreuung hatte sich mit der Zunahme des Personenkreises und der Aufgaben als unzureichend erwiesen. Folgerichtig ergab sich ein Trend zur Einrichtung von mit hauptamtlichen Kräften besetzten Beratungsstellen und mit der Zeit auch zu einer besseren formalen Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die fast ausschließlich aus den Herkunftsländern der Zuwanderer stammen.

Mit dem Ausländergesetz 1965 kam es zu Nachzugsregelungen für Familienangehörige. Nach dem Anwerbestopp 1973 wurden die Möglichkeiten des Familiennachzugs stark in Anspruch genommen. Der ausländische Bevölkerungsanteil nahm deutlich zu. Heute gibt es über 900 Sozialberater und -beraterinnen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, deren Stellen mit Mitteln des Bundes und der Länder gefördert werden.

In der Folgezeit erhöhte sich auch der ausländische Bevölkerungsanteil mit anderen Aufenthaltsmotiven stetig. Der so entstandene neue Bedarf an Sozialberatung führte zur Schaffung neuer Spezialdienste, teilweise auch durch andere Träger als die der Ausländersozialberatung. Es entstanden viele Modelle mit sehr unterschiedlicher Finanzierung zur Beratung von Flüchtlingen. Die sozialen Dienste für Spätaussiedler werden ebenfalls überwiegend von freigemeinnützigen Trägern angeboten und überwiegend aus Bundesmitteln finanziert. Ihre Wurzeln liegen in den 1950er Jahren.

Die soziale Arbeit mit Migranten ist also weitgehend an eine Sonderstruktur in der Trägerschaft der freien Verbände der Wohlfahrtspflege oder freigemeinnütziger lokaler Träger übertragen worden. Zuordnungskriterien sind das Migrationsmotiv und/oder das Herkunftsland und/oder der Rechtsstatus.

Zwar sollen die Dienste primär migrationsspezifische Problemlagen bearbeiten, Beratung und Unterstützung bei Zuzug, Integration und Rückkehr, insbesondere aber Hilfen zur Selbsthilfe geben und eine Mittlerfunktion haben; vielerorts hat sich aber nahezu eine Allzuständigkeit für die Bearbeitung sozialer Probleme bei Migranten entwickelt.

Die Inhalte und Zielgruppen haben sich natürlich über die Jahrzehnte in vielerlei Hinsicht geändert. Aus mehreren Gründen stehen wir auch jetzt wieder vor einer Situation, in der sich die Migrationsdienste umorientieren müssen. Die Konzepte der 1960er, 1970er und 1980er Jahre können heute nicht mehr greifen. Einerseits hängt dies mit der Veränderung der Migrantengruppen in rechtlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zusammen. Andererseits spielt der sehr eng gewordene finanzielle Rahmen der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen eine immer stärkere Rolle. Natürlich ist auch in Zeiten knapper Kassen grundsätzlich noch Geld für Migrationsdienste vorhanden. Doch die Verteilungskämpfe werden härter, und die Prioritätensetzung wird schwieriger. Soziale Arbeit mit Migranten hat deutlich präventiven Charakter. Insofern ist es fast unmöglich, eine Kosten-Nutzenrechnung für diese Arbeit zu präsentieren; das ist in solchen Zeiten von Nachteil.

2.2. Ziele der Migrationssozialarbeit

Heute sind die wesentlichen Ziele der Migrationssozialarbeit die Integration und die Gleichberechtigung der Migranten. Das gilt ebenso, aber abgestuft, für Migranten, die nicht auf Dauer in Deutschland leben. So brauchen z.B. auch Kriegsflüchtlinge Hilfen zur Integration und Gleichberechtigung in verschiedenen Bereichen. Das Aufgabenfeld ist sehr breit. An erster Stelle stehen die vielfältigen Hilfen zur Anfangsorientierung der Zuwanderer in einem für sie nur schwer zugänglichen sozialen Umfeld. Aber auch für die seit langem in Deutschland Eingewanderten – egal, zu welcher Gruppe sie gehören – gibt es meist über zwei bis drei Generationen tiefergehende Probleme in vielen Lebensbereichen. Erforderlich sind Beratung und Hilfen im persönlichen, familiären und erzieherischen Bereich sowie in Partnerschaftsfragen, die einerseits vergleichbar sind mit Problemen der deutschen Bevölkerung, andererseits eine zusätzliche Dimension durch Kultur- und Sozialisationsunterschiede haben. Sie sind für Migranten in fremder Umgebung besonders schwer zu bewältigen. Bei Flüchtlingen kommt noch hinzu, daß sie durch die Flucht, die Gründe ihrer Flucht und ihre eingeschränkten Lebensumstände physisch und psychisch nicht immer in der Lage sind, die einfachsten und für die meisten selbstverständlichen Alltagsdinge selbst regeln zu können. Für die Gruppe der Spätaussiedler gibt es Probleme durch die doppelte Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Sie sind deutschstämmig, haben ein Recht auf Einbürgerung, sobald sie in Deutschland sind, werden aber in jüngster Zeit mehr und mehr als Fremde, als »Russen«, wahrgenommen; viele sehen in ihrer Ausreise nach Deutschland die Rückkehr in die »alte Heimat«, die sich aber schnell als »neue Fremde« entpuppt.

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vermitteln in rechtlichen, sozialen und kulturellen Belangen, geben Hilfestellungen und unterstützen bei der selbständigen Gestaltung ihres Lebens. Mehr und mehr sind sie zu Mittlern zwischen den Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung geworden. Angesichts der Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und des Anwachsens ablehnender und aggressiver Haltungen gegenüber Migranten tragen sie vielfach zur Versachlichung von Konflikten und zur Konfliktvermeidung bei.

In der Einzelfallhilfe geht es um konkrete Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven, z.B.:

- muttersprachliche und allgemeine Beratung und Hilfe,
- Aufenthaltssicherung,
- Wohnung und Sicherung des Lebensunterhaltes,
- schulische Fragen, Übergang Schule – Arbeitswelt,
- Inanspruchnahme gesetzlicher sozialer Leistungen,
- Interventionen gegenüber Dritten, Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Stellen, Einrichtungen, Fachdiensten.

Soziale Arbeit mit Migranten ist grundsätzlich auch als aufsuchende Sozialarbeit zu verstehen – zumindest für die Migranten, die erst seit kurzer Zeit in Deutschland sind. Dies hat sich bewährt, ist aber in der Praxis heute nur noch selten anzutreffen, da fast nirgendwo ausreichend Personal dafür zur Verfügung steht. Die Beratung innerhalb der eigenen Wohnung trägt dazu bei, Schwellenängste abzubauen und eine Vertrauensbasis zwischen Sozialarbeitern und Migranten zu schaffen. Der aufsuchende Charakter der Arbeit erfordert in der Fläche ein hohes Maß an Mobilität. Vor allem in ländlichen Regionen, die eine besonders starke Zuwanderung von Asylsuchenden und – aufgrund des neuen Wohnortzuweisungsgesetzes – auch von Spätaussiedlern zu verzeichnen haben, müssen große Entfernungen zurückgelegt werden, bevor es zu einem Beratungsgespräch oder einer Maßnahme kommen kann.

Wichtigste Aufgabe der Migrationssozialarbeit ist die soziale Integration der Migranten in diese Gesellschaft. Ziel dabei ist es, die Migranten in die Lage zu versetzen, durch eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten ihr Leben selbständig zu gestalten und am gesellschaftlichen Geschehen teilzuhaben. Ein wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche Integration ist die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes durch Arbeit. Deshalb müssen Beratungsangebote und Maßnahmen nicht zuletzt auch auf berufliche Qualifizierung und Vermittlung in Arbeit zielen, und zwar ge-

rade auch in einer Zeit, die durch die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes und vermehrte soziale Spannungen geprägt ist.

Im Spektrum der Hilfsmaßnahmen ergänzen sich Einzelfallhilfe und Gruppenangebote für bestimmte Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche, Frauen oder Senioren.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Migrationsdienste ist es, die Eigeninitiative und Selbstorganisation von Zugewanderten durch einen kooperativen Umgang mit Einwanderungsinitiativen und -organisationen zu fördern. Im Zusammenhang mit der Arbeitsmigration haben die Dienste bewiesen, daß sie dazu in der Lage sind. Durch Gruppenarbeit ist es vielfach gelungen, das Selbstwertgefühl der Zugewanderten zu stabilisieren, ihre Isolation zu durchbrechen und Organisations- bzw. Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Wenn es gelingt, die Migranten darin zu unterstützen, ihre Interessen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft eigenständig zu artikulieren, sind das Schritte auf dem Weg zu einem gleichberechtigten Miteinander in dieser Gesellschaft.

Migrationsdienste müssen auch Vermittler sein zwischen den Interessen der Aufnahmegesellschaft und denen der Zuwanderer sowie zwischen den verschiedenen Migrantengruppen und sollen als Multiplikatoren für Aufklärung und Beratung der Einheimischen in Konfliktfällen tätig werden. Für die Migranten selbst sind Beratung in bezug auf Rückkehr oder Weiterwanderung, Informationen über die Situation im Heimatland, zu Ausbildungsfragen, finanziellen Starthilfen und der Überleitung von erworbenen Ansprüchen aus der Sozialversicherung unabdingbar.

Aufgaben, Ziele und Selbstverständnis der Migrationsdienste sind also sehr hoch gesteckt, breit angelegt und umfassend. Zwar kann nicht jeder Träger von Migrationsdiensten all dieses abdecken oder vorhalten. Die Praxis zeigt jedoch, daß sich die Arbeit diversifiziert hat nach den Möglichkeiten der Trägerorganisationen, den Stärken der einzelnen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie den jeweils besonderen Bedürfnissen der Zielgruppe.

2.3. Die Zusammenführung der verschiedenen Migrationsdienste

Eine organisatorische Verknüpfung der Dienstleistungen und ihre Koordination läge sowohl im Interesse der Migranten als auch der Aufnahmegesellschaft. Sie würde gleichzeitig zu erheblichen Synergieeffekten und zu einer Steigerung der Effizienz führen. Daneben ist die Vernetzung vorhandener Aktivitäten mindestens

auf lokaler und regionaler Ebene unverzichtbar; z.B. mit kommunalen Stellen, freien Verbänden, öffentlichen und privaten Einrichtungen, Kirchengemeinden, Hilfsstrukturen im unmittelbaren Wohnumfeld wie auch auf Stadtebene. Das wäre eine wesentliche Hilfe, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und erforderliche Hilfen sinnvoll und abgestimmt aufzubauen. In den Verbänden, die Migrationsdienste anbieten, liegen solche Konzepte z.T. vor. Sie haben aber noch nicht ihren Weg aus der fachlichen in die politische Diskussion gefunden. Auch sind auf lokaler Ebene teilweise – allerdings sehr unterschiedliche – Ansätze und Bemühungen der Vernetzung der Angebote für die verschiedenen Zuwanderungsgruppen zu erkennen; Ansätze, die stärker vorangetrieben werden sollten.

Hinderlich für eine sinnvolle Zusammenführung der Migrationsdienste ist, daß bisher im Vordergrund das Trennende und nicht das Gemeinsame der Migrantengruppen steht. Die Förderung aus öffentlichen Mitteln stattet die einzelnen Programme für die Zielgruppen mit sehr unterschiedlichen finanziellen Mitteln und Aufgabenzuweisungen aus. Die Zuständigkeiten unterschiedlicher Ministerien auf Bundes- und Länderebene wird vom rechtlichen Status der Migranten bestimmt. Der tritt dann bei der Ausgestaltung der Beratungsdienste so sehr in den Vordergrund, daß Gemeinsamkeiten der Migranten nicht mehr zu erkennen sind. Ähnliche Erlebnisse und Probleme in der Migration aber – die Erfahrung als Minderheit in einer als übermächtig erfahrenen Mehrheitsgesellschaft, gleiche Anfeindungen auf dem Weg der Integration und vieles mehr – werden nicht berücksichtigt. Das Beharren auf kulturellen oder rechtlichen Unterschieden bei den Migrantengruppen und das Übersehen und Nichtberücksichtigen der vorhandenen Gemeinsamkeiten ist personalaufwendig, teuer und unnötig.

So verschieden die rechtliche Situation von eingewanderten, d.h. lang ansässigen ausländischen Staatsangehörigen, ausländischen Flüchtlingen und deutschstämmigen Aussiedlern auch ist, so verschieden sind auch die Finanzierungsquellen für diese Arbeit. Die notwendige Kooperation der Migrationsdienste muß durch die jeweiligen Geldgeber gefördert werden. Die Erkenntnis ist in den Fachkreisen durchaus vorhanden, wird jedoch durch die politische Argumentation, daß man die verschiedenen Gruppen von Migranten nicht vermischen dürfe, bisher nur zögerlich, manchmal sogar nur im Verborgenen, umgesetzt. Nach meiner Beobachtung verstärkt sich im politischen Raum derzeit die Tendenz zur deutlichen Abgrenzung der verschiedenen Gruppen von Migranten gegeneinander.

Sowohl in den Ballungsräumen als auch in ländlichen Regionen gibt es Erfahrungen von integrierter Arbeit bei den Wohlfahrtsverbänden, den Initiativen, den Vereinen sowie vereinzelt bei den Fachdiensten der Kommunen. Dort ist zu beobachten, daß sich bei den einzelnen Diensten und den dort arbeitenden Kräften Fachkompetenzen entwickelt haben, die allen Migrantengruppen zugänglich gemacht werden können. Ein zukunftssträchtiges Konzept der sozialen Arbeit mit Migranten muß alle vorhandenen Dienste im ersten Schritt zunächst an der Basis organisatorisch zusammenfassen. In den Ballungsräumen oder den Städten bietet sich die Zusammenfassung von Fachdiensten in einem Beratungszentrum an. Das setzt allerdings voraus, daß vorhandenes Denken in Institutionen überwunden werden muß und verbands- und ressortübergreifende Kooperationen nötig sind. Auch regionale Grenzen dürfen kein Hindernis einer übergreifenden Sozialarbeit sein. Die bisherigen Ansätze in der Praxis können bei der Ausformulierung eines Konzeptes hilfreich sein.

Darin muß auch die Arbeit der Ehrenamtlichen konzeptionell eingebunden werden, denn ihr Engagement ist eine unentbehrliche Unterstützung und Ergänzung der professionellen Migrationsdienste, die ihrerseits grundsätzlich eine professionelle Dienstleistung bleiben müssen. Die ehrenamtliche Mitarbeit dort ist Ausdruck sozialverantwortlichen Denkens und Handelns der Bevölkerung und damit Merkmal eines demokratischen Gemeinwesens. Sie bedarf der inhaltlichen und strukturellen Unterstützung in der Organisation und der Begleitung durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.4. Öffnung der sozialen Regeldienste

Die allgemeinen sozialen Dienste der öffentlichen und freien Träger der sozialen Arbeit bieten ohne Ansehen der Nationalität eine Leistung der sozialen Infrastrukturversorgung an, die Pflichtaufgabe oder freiwilliges Angebot sind. Diese Regeldienste sind originär immer auch für die ausländische Bevölkerung zuständig.

Die Spezial- oder Sonderdienste sind zielgruppenspezifische Dienste für Ausländer, Flüchtlinge und Aussiedler. Sie müssen im Austausch mit den Diensten der sozialen Regelversorgung zu einem sinnvollen Miteinander von Fachberatung und allgemeiner Beratung kommen. Ihr Ziel ist es auch, die speziellen Erfahrungen und Kompetenzen der Migrationsdienste an die Regelversorgung weiterzugeben und ihre stärkere Öffnung für Migranten zu unterstützen. Nur wenn interkulturelle Fähigkeiten und Inhalte in die allgemeinen soziale Regeldienste einfließen, werden sie

sich in die Lage versetzen können, für alle Rat- und Hilfesuchenden in dieser Gesellschaft da zu sein. Ein Anfang könnte in diesem Bereich schnell gemacht werden, wenn dies vor allem bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon jetzt beachtet würde. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Migrationsdienste könnten dies wirkungsvoll unterstützen.

Entsprechend der Mittlerfunktion sind die Spezialdienste ursprünglich subsidiär angelegt worden. Sie sollen also vorrangig migrationsspezifische Problemlagen bearbeiten. Situationsbedingt übernehmen sie aber tatsächlich weitverbreitet Aufgaben der sozialen Regelversorgung (ohne ausdrücklichen gesetzlichen Auftrag). Durch die Existenz der Spezialdienste konnten sich die Regeldienste – obwohl auch für die ausländische Bevölkerung zuständig – de facto auf deutsche Zielgruppen konzentrieren und haben das auch getan. Dieses, aber auch der Umstand, daß sich die Mehrzahl der Migranten auf Dauer oder mindestens auf unbestimmte Zeit in der Bundesrepublik aufhalten, läßt die Zweigleisigkeit der sozialen Versorgung als nicht mehr zeitgemäß erscheinen.

Die Regeldienste sind derzeit nur unzureichend in der Lage, auf die Spezifika der Lebenssituation von Migranten und auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den sozialarbeiterischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf Rücksicht zu nehmen. Ursächlich für diese Unzulänglichkeit ist in starkem Umfang, daß die Mitarbeiter nahezu ausschließlich Deutsche sind und zudem den Besonderheiten interkultureller Arbeit unvorbereitet gegenüberstehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spezialdienste sind hingegen häufig selbst Migranten. Die eigene Erfahrung ist einer der Gründe, warum sie auf die Berücksichtigung interkultureller Problemlagen in der Regel besser vorbereitet sind.

Die Spezialdienste können das Beratungs- und Betreuungsangebot der Regeldienste nicht ersetzen; sie sollen es entsprechend ihrer Aufgabenstellung auch nicht. Sie arbeiten weder so flächendeckend wie die Regeldienste noch sind sie fachlich vergleichbar organisiert. Außerdem können sie für viele Nationalitäten überhaupt keine muttersprachlichen Angebote vorhalten. Als freiwillige Leistung der öffentlichen Hand sind die migrantenspezifischen Dienste zudem finanziell nicht abgesichert. Ihr Ausbau auf ein den Regeldiensten vergleichbar flächendeckendes und qualitatives Spezialisierungsniveau ist weder von der finanziellen noch von der personellen Seite her möglich. Hinzu kommt noch, daß eine solche Entwicklung nicht wünschenswert ist, da sie die segregierenden Tendenzen verstärken würde. Das liefe allen Bemühungen um eine Integration der Migranten zuwider.

Die heute noch vorgenommene Zuordnung der Migranten zu den Spezialdiensten nach der Nationalität oder anderen Kriterien und die analoge Zuordnung sozialarbeiterischer Hilfestellungen nach diesen Gruppen und Nationalitäten entspricht den Erfordernissen der Realität nicht mehr. Neben den Unterschieden gibt es immer mehr gemeinsame Problemlagen. Es wird zwar weiterhin Fallkonstellationen geben, die eine spezielle muttersprachliche Beratung erforderlich machen. Unterstützung für Migranten, die erst kurze Zeit in der Bundesrepublik leben, ist anderer Art als für solche, die schon länger hier ansässig sind. Es kann aber auch nicht mehr von einer einheitlichen Entwicklung oder Orientierung aller in der Bundesrepublik lebenden Migrantengruppen ausgegangen werden. Zwischen vollständiger Assimilation und dem langfristigen Festhalten an der eigenen Kultur ist mit einer Vielzahl von Verhaltensweisen zu rechnen. Andererseits gibt es vermehrt Fragestellungen unabhängig von Status, Nationalität oder Aufenthaltsdauer, denen sich Migranten gegenüber sehen. Dieser Befund erfordert eine größere Flexibilität der bestehenden Einrichtungen und nicht generell spezielle Dienste für einzelne Gruppen.

Den Bedürfnissen der Migranten kann man auf Dauer nur gerecht werden, wenn die soziale Regelversorgung ihren differenzierten Aufenthaltserwartungen und ihren kulturell geprägten Verhaltensweisen gerecht werden kann. Die Regeldienste müssen sich daher stärker als bisher sowohl strukturell als auch konzeptionell und personell an der Anwesenheit ratsuchender oder hilfsbedürftiger Migranten orientieren.

Mit der interkulturellen Öffnung der Regeldienste wäre die bestehende Trennung aufgehoben zwischen den Spezialdiensten mit ihrer faktischen Allzuständigkeit für Migranten und den Regeldiensten mit ihrer differenzierten Zuständigkeit, die zudem bisher fast ausschließlich von deutschen Staatsangehörigen wahrgenommen wird. Dazu müssen neue Formen von geregelter Zusammenarbeit auf der Basis von Integration, Vernetzung und Kooperation gefunden werden.

Im Kern bedeutet das auch, die Migrationsdienste weitgehend auf ihre ursprünglichen Zuständigkeiten zurückzuführen. Das klingt wie ein Rückschritt, wäre aber tatsächlich der Abbau einer nicht gewollten Entwicklung. Die Spezialdienste müssen sich dann auf die migrationsspezifischen Problemlagen beschränken und ihre Klientel an die Regeldienste »übergeben« (Mittlerfunktion), sobald andere Fragestellungen zu behandeln sind. Das ist aber nicht durch Gesetz oder eine andere Form der Normierung erreichbar. Notwendig ist es vielmehr, die Ursachen zu be-

seitigen, die in der Vergangenheit zu dieser Entwicklung geführt haben und die den aktuellen Zustand festigen.

Die Öffnung der Regeldienste hat nicht zum Ziel, die in den Spezialdiensten angesiedelten Kapazitäten zu beschneiden, sondern es geht um die Prüfung folgender Lösungsansätze und um die Frage, wie die Spezialdienste zu der Lösung beitragen können:

- Einstellung bi-kultureller Fachkräfte bei den Regeldiensten
- Interkulturelle Teamarbeit (zwischen den ausländischen und deutschen Fachkräften)
- Veränderung der Angebotsstruktur (Entwicklung zu mehr ganzheitlicher Arbeit)
- Externe Vernetzung der Regel- und Spezialdienste (Koordination der Angebote und Verbesserung der Kommunikation)
- Aus- und Fortbildung

Die Öffnung der sozialen Regeldienste muß ernsthaft und systematisch angegangen werden. Die Umorientierung der Migrationsdienste und der Regeldienste wird nicht von heute auf morgen geschehen. Es wird einen längeren Prozeß brauchen, der im Grunde die gesamte Gesellschaft betrifft, die in vielen Teilen noch nicht akzeptiert hat, daß sie eine Gesellschaft ist, die mit Einwanderung und mit Zuwanderung auf Zeit leben lernen muß.

Literatur:

Bade, K.J., Ausländer – Aussiedler – Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, hg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1994.

Bade, K.J. (Hg.), Das Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung, München 1994.

Blanke, B. (Hg.), Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft, Opladen 1993.

Filtzinger, O., Häring, D., Von der Ausländersozialberatung zu sozialen Diensten für Migranten, Freiburg 1993.

Heinelt, H. (Hg.), Zuwanderungspolitik in Europa, Opladen 1994.

Nestmann, F., Tiedt, F., Repräsentativuntersuchung Sozialberatung für Ausländer; Endbericht, Bonn 1988.

Puskeppeleit, J., Thränhardt, D., Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, Freiburg 1990.

Psychiatrie in der Begegnung der Kulturen

Von Wolfgang M. Pfeiffer

In vielerlei Hinsicht ist jeder Mensch so wie alle anderen; in mancher Hinsicht ist er dagegen einmalig. Doch gibt es auch Bereiche, in denen er zwar mit einem Teil der Menschen übereinstimmt, sich aber von anderen unterscheidet. Dies gilt z.B. für Geschlecht, Lebensalter, ökonomische Situation, Religion, Sprache und Bildungsgang; viele dieser Züge, die eine Gruppe von Menschen verbinden, sie zugleich aber gegen andere Gruppen absetzen, fassen wir zusammen unter dem Begriff ›Kultur‹, dem hier unsere besondere Aufmerksamkeit gehört.

Mit ›Kultur‹ sind Vorstellungen, Wertungen und Verhaltensmuster gemeint, die dem Menschen nicht von Natur aus gegeben sind, sondern die durch das gesellschaftliche Zusammenleben, durch Tradition und Beispiel ausgebildet und weitergegeben werden. Doch ist Vorsicht geboten. Es geht nicht an, Kulturen als geschlossene Einheiten, gewissermaßen als Persönlichkeiten oder Organismen zu betrachten und über sie Aussagen zu machen wie über ein Ding, das über die Zeiten hinweg konstant seine Merkmale behält, sich gleich bleibt.

Eine derart vergegenständlichende Betrachtung von Kultur mag eine gewisse Berechtigung besitzen, wenn man sich mit Ethnien befaßt, die abgeschieden auf einer fernen Insel oder in einem unzugänglichen Gebirgstal wohnen und dort ihre Lebensform stagnierend bewahrt haben. Eine solche Erscheinung wäre zwar für Ethnologen sehr interessant, sie war aber schon früher die Ausnahme und ist in unserer heutigen Welt kaum noch anzutreffen. Völlig abwegig werden solche Vorstellungen, wenn man sie – wie das amerikanische Anthropologen taten (z.B. Ruth Benedict) – auf große Völkerschaften anwendet, etwa die japanische, die russische, die deutsche oder die türkische Nation (Adler 1993: 53ff.). Es ist also unzulässig zu sagen: die Deutschen haben diese Eigenschaften, die Türken aber jene.

Denn bei den modernen Nationen handelt es sich um Geflechte vielfältiger, oft widersprüchlicher kultureller Strömungen, die sich in rascher Veränderung befinden und keineswegs mit politischen, sprachlichen oder religiösen Grenzen zur Deckung kommen. Eben diese innere Vielfalt, diese Offenheit gegenüber äußeren Einflüssen und die daraus folgende dynamische Bewegtheit müssen wir als wesentliche und wertvolle Eigenschaften unserer modernen Gesellschaften anerkennen.

In engem Zusammenhang mit einer solchen Vielfalt und Wandlungsfähigkeit stehen auch folgende Erscheinungen:

- die wachsende Mobilität, die Ströme der Migration, sei es aus ländlichen Gebieten in die Metropolen des eigenen Landes oder aber in die Industriegebiete Westeuropas;
- die raschen Veränderungen der sozialen Strukturen, der Wertsetzungen und Verhaltensmuster (und das bedeutet ja gerade: Kulturwandel).

Wir mögen uns nach Vergangemem zurücksehnen und alten Leitbildern nachtrauern, wie dem des »Nationalstaates« (womit man das Zusammenleben von Menschen einer Sprache, einer Tradition und einer Wertordnung meinte); oder dem Leitbild der Selbsthaftigkeit mit der Vorstellung einer vertrauten Heimat, in der bei der Rückkehr aus der Fremde alles so sein wird wie einst. Tatsächlich sind das Illusionen. Nichts bringt die Vergangenheit zurück. Und diese war auch keineswegs so freundlich, wie wir sie uns manchmal ausmalen.

Statt dessen müssen wir – wie Bade immer wieder betont (so 1994: 77ff.) – die aktuelle Situation als Herausforderung akzeptieren. Denn was man verleugnet, wovor man die Augen schließt, das kann man nicht gestalten. Das Schicksal unserer Länder (und damit das unserer Kinder) hängt aber davon ab, daß wir diese Realität nüchtern durchforschen und daß wir sie aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse vernünftig und verantwortlich gestalten.

Zu dieser aktuellen Realität gehört zum Beispiel, daß zwischen der Türkei und Mitteleuropa ein Bevölkerungsaustausch von nie dagewesenem Umfang stattgefunden hat: In Deutschland stellen die Türken mit zwei Millionen Menschen heute die größte ethnische Minorität dar; andererseits wächst in der Türkei rasch der Anteil der Menschen, die deutscher Herkunft oder wenigstens von deutscher Kultur geprägt sind. Das aber bedeutet, daß das deutsche und das türkische Volk zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden sind (gleichgültig, ob wir das begrüßen oder nicht) und daß wir die daraus erwachsenden Aufgaben in gemeinsamer Überlegung und Bemühung anzugehen haben.

Auf beiden Seiten haben wir also mit Problemen der Beziehung zwischen Eingewanderten und Zugewanderten, zwischen Majorität und Minoritäten zu tun, und zwar nicht nur in ethnischer, sondern auch in religiöser und ökonomischer Hinsicht. In Zukunft werden aber solche Probleme nicht nur in unseren Ländern, sondern – mit Zunahme von Freizügigkeit und Kulturkontakten – in allen Ländern der Region nicht weniger werden, sie werden vielmehr anwachsen. Dabei geht es

immer um den rechten Umgang zwischen Mehrheit und Minderheit, zwischen Eingesessenen und Hinzugekommenen, zwischen Stärkeren und Schwächeren. Notwendigerweise ergeben sich dabei Konflikte und Orientierungsstörungen, die sowohl die Gesellschaft wie die Familie betreffen und gerade auch den einzelnen Menschen, bei dem sie sich dann als psychisches Kranksein bzw. als Devianz manifestieren können. Das Gestörtsein des einzelnen wirkt aber zurück auf die Familie und auf die Gesellschaft als Ganze.

Somit fällt den Fachkräften, die in der Psychiatrie tätig sind, eine wichtige Aufgabe bei der Gestaltung der Zukunft zu, und zwar nicht nur in Hinsicht auf die einzelnen Patienten, sondern auch für das allgemeine Wohl der Gesellschaft. Hier stellt sich die Frage, wie ein konstruktiver Umgang mit Minderheiten aussehen müßte: Es bedarf der Bereitschaft, den anderen kennenzulernen (auch seine Sprache), ihm die Freiheit zu geben, anders zu sein oder sich anzunähern. Aber auch: ihn als Mitbürger in die Pflicht zu nehmen, z.B. ihn an den Vorgängen in der Gemeinde zu beteiligen, etwa in Form der Teilnahme an kommunalen Wahlen.

Wir waren davon ausgegangen, daß der einzelne Mensch wesentliche Eigenschaften mit allen anderen Menschen gemeinsam hat, daß diese allgemeine psychophysische Basis aber durch kulturelle und individuelle Bedingungen modifiziert und differenziert wird. Diese Einsicht können wir auch auf die psychiatrischen Krankheitsbilder übertragen: Die funktionellen Psychosen wie Schizophrenie, Depression, Manie und akute psychotische Episoden sind universell verbreitet (Murphy 1982, Tseng & Mac Dermott 1981). Das Gleiche gilt auch für geistige Behinderungen und zerebrale Abbauprozesse: selbst Persönlichkeitsstörungen und psychoreaktive Störungen greifen in Form und Vorkommen weit über die einzelnen Kulturen hinaus. Wir können sogar sagen, daß in schweren psychischen Krankheitszuständen die kulturelle und individuelle Differenzierung des Menschen verloren geht und das Erscheinungsbild ganz von der Krankheit beherrscht wird: Katatone oder Hebephrene, Depressive oder Manische sind sich auf der ganzen Welt in erstaunlichem Maße ähnlich. Und selbst bei reaktiven Verhaltensmustern wie dem hysterischen Anfall oder der Panikattacke sind kulturübergreifende Gemeinsamkeiten unverkennbar. Um die kulturelle und individuelle Differenziertheit eines Menschen zur Geltung kommen zu lassen, bedarf es psychischer Gesundheit; in der Psychose dagegen schwindet die kulturelle Differenzierung (Pfeiffer 1994: 26f.).

Diese Feststellung muß aber gleich wieder eingeschränkt werden: Bis in die Tiefe der Psychose reicht auch die kulturelle und individuelle Formung des Menschen,

was bedeutet, daß Erscheinungsbild und Verlauf der Krankheit durch die Kultur beeinflußt werden. Das gilt etwa für das soziale Verhalten und die Integration des Kranken und sogar für Manifestation und die Neigung zur Chronifizierung, also für die Prävalenz, d.h. für die Häufigkeit des Vorkommens zu einem bestimmten Zeitpunkt (Murphy & Raman 1979; WHO 1979). Während aber der Kultureinfluß bei schweren Krankheitsbildern (etwa Demenzprozessen oder Psychosen) weniger ausgeprägt ist, nimmt er in dem Maße zu, wie die pathologischen Beeinträchtigungen zurücktreten. Er ist also bei den psychischen Reaktionen, die noch dem normalpsychologischen Bereich zugehören (etwa in Trauer, Wut oder Angst), am stärksten ausgeprägt.

Fragen wir nun, in welcher Beziehung sich der Kultureinfluß auswirkt, dann lassen sich mehrere Ebenen unterscheiden:

- Kulturspezifische Belastungszonen und pathogene Gestaltung bestimmter Lebensphasen
- Kulturspezifische Formung des Verhaltens und der Bewältigungsstile
- Kulturspezifische Interpretation der Störung
- Kulturspezifische Interventionen.

1. Kulturspezifische Belastungszonen / pathogene Formung von Lebensphasen

Eine Kultur läßt sich durch typische Bereiche kritischer Anforderungen und Versagungen charakterisieren. Und eben an diesen Punkten kann es zu psychischen Entgleisungen kommen. Ein bekanntes Beispiel bietet hierfür die *Kajakangst* der Eskimo (Gussow 1970). Die Robbenjäger fahren in ihren kleinen Einmannbooten hinaus. Während sie bei glatter See lange Zeit regungslos auf das Auftauchen einer Robbe warten, geschieht es, daß sie das Gefühl für die Horizontale verlieren. Ihnen ist, als ob das Boot voller Wasser liefe, als ob es umkippen würde. In einem Panikzustand mit heftigen vegetativen Erscheinungen wird der Betroffene so hilflos, daß er ans Ufer geleitet werden muß. Die Störung hat augenscheinlich mit Isolierung, Reizarmut und wohl auch mit einem Absinken der Vigilanz zu tun. Sie stellte eine so schwere Beeinträchtigung dar, daß ein großer Teil der Eskimo an der Westküste Grönlands wegen dieser Angstanfälle die Kajak-Jagd aufgeben mußte. Mit der Änderung des Lebensstils und dank technischen Fortschritts hat die beschriebene Störung heute freilich ihre Bedeutung verloren.

Ähnlich der Kajakangst ist der ›Höhenschwindel‹ (Zutt 1953: 177f.). Ihm kommt in der städtischen Kultur Europas und Nordamerikas, die ja gerade durch Hochbauten charakterisiert ist, besondere Bedeutung zu. Dagegen spielt er in bäuerlichen Gemeinschaften, die auf flachem Gelände in ebenerdigen Hütten wohnen, nur eine geringe Rolle. Die technische Entwicklung hat uns eine Anzahl weiterer Störungen gebracht, die damit vergleichbar sind. So kommt es im Lift und im Flugzeug zu phobischen Reaktionen. Sensorische Deprivation mit erschwelter räumlicher Orientierung stellt ein Problem in Luftfahrt und Raumfahrt dar.

Eine große Zahl psychischer Störungen steht in Zusammenhang mit den Lebensphasen und mit der spezifischen Ausformung, welche die jeweilige Kultur ihnen verliehen hat.

Was die *Kindheit* betrifft, so können hier die Ergebnisse von Bindungstheorie und Psychoanalyse nur erwähnt werden. Auch ist auf die anhaltende psychische Verformung hinzuweisen, welche die Straßenkinder in Lateinamerika und Indien erleiden, also Kinder, die kein bergendes Heim haben (s. Stubbe 1994). Und weiter auf die erschreckende Traumatisierung von Kindern in Kriegsgebieten wie Bosnien, Rwanda und Somalia.

Verbreitet sind Schwierigkeiten in Zusammenhang mit dem modernen Bildungswesen, insbesondere im Vorfeld von Examen und Zeugnis. Hierher gehören Lernstörungen mit hypochondrisch gefärbten Kopfschmerzen und Sehstörungen (das von Prince 1960 beschriebene ›Brain Fog-Syndrom‹) sowie Examensängste, die das Denkvermögen erheblich beeinträchtigen. Das Scheitern im Examen kann – wenn der Selbstwert mit dem Erfolg gleichgesetzt wird – als Katastrophe erscheinen und zu Suizidhandlungen führen, was vor allem aus Indien (Hoch 1959) und Japan (Doi 1962) bekannt ist.

Der *Übergang von der Jugend ins Erwachsensein* ist ein Schwerpunkt kultureller Formung, wie sich etwa anhand der Initiationszeremonien zeigen läßt. Gerade bei der Jugend mediterraner Herkunft treffen wir auf tiefgreifende Konflikte zwischen der traditionellen Orientierung an Autorität bzw. Gruppe und andererseits dem Streben nach eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. In dieser Krisenzone kommt es zu Entgleisungen in Rauschmittelgebrauch, Spielsucht, Bandenbildung und nicht zuletzt auch zu Suizidhandlungen (Portera 1995). Darüber hinaus ist erneut auf die Verformungen hinzuweisen, die sich im Zuge von Kriegsereignissen einstellen, sei es bei den Opfern oder erst recht bei den Tätern von Gewalthandlungen.

Beim *Manne* kommt in unserer Region der Arbeitsleistung und dem beruflichen Erfolg entscheidende Bedeutung für das gesellschaftliche Ansehen und nicht minder für die Einschätzung des Selbstwertes zu. Beruflicher Fehlschlag, besonders aber bleibende Arbeitslosigkeit haben daher destruktiven Einfluß auf die Selbstachtung und gefährden psychische und körperliche Gesundheit. Dementsprechend kann auch der Übergang aus dem aktiven Berufsleben in den Ruhestand (etwa die Pensionierung) zu einem schwerwiegenden Problem werden.

Eigene Krisenzonen bietet das Leben der *Frau* in noch weitgehend traditionsbestimmten Gesellschaften. Hier stellt schon die Eheschließung mit einem von den Eltern bestimmten Partner eine heute kaum mehr zumutbare Belastung dar. Sie wächst noch, wenn die junge Frau eine dienende Stellung in einem Haushalt einzunehmen hat, der von der Schwiegermutter beherrscht ist. Zu einer schweren Last wird die Abhängigkeit des Wertes der Frau von der Geburt von Kindern, sei es in den Augen der Gesellschaft oder in den eigenen Augen. Für die Kinderlose läßt sie die Menopause zur Katastrophe werden, da sie die Hoffnung auf späten Nachwuchs zunichte macht. In den Industriestaaten werden Frauen vielfach durch die doppelte Beanspruchung als Mutter und Berufstätige aufgerieben, so daß sie Depressionszuständen mit vielfältigen körperlichen Beschwerden anheimfallen. Eine ungünstige soziale Stellung läßt Witwen – besonders wenn sie nicht bei eigenen Kindern leben können – ins soziale Abseits geraten, weshalb ihnen in Indien auch heute noch der ehrenvolle Verbrennungstod gelegentlich erstrebenswerter erscheint (Thakur 1963: 178f.).

Sicher lohnt es sich, über weitere Krisenzonen nachzudenken, die für die mitteleuropäische bzw. für die türkische Gesellschaft kennzeichnend sind. Mit Nachdruck ist hier auf die Auswirkungen von Migration und Kulturwandel hinzuweisen, da sie zur Verstärkung der genannten Krisensituationen führen und neue hinzutreten lassen.

2. Kulturspezifische Formung des Verhaltens und der Bewältigungsstile

Die Kultur gibt dem Menschen Regeln an die Hand, wie er sich im Alltag zu verhalten hat, auch wie er ungewöhnliche und schwierige Situationen bewältigen kann. Als Beispiel kann die kulturelle Verhaltensformung im Umgang mit Alkohol dienen. In Westeuropa ist der Konsum alkoholischer Getränke bei geselligen Anlässen und auch zum Beweis der Männlichkeit nahezu verpflichtend; auch ist seine Verwendung zur Linderung von Ängsten und Verstimmungen weit verbreitet. Dieser Mißbrauch ließ alkoholbedingte Krankheiten in unserem Land zur häufigsten

Ursache des Aufenthalts in psychiatrischen Anstalten werden. Islamische Länder sind dagegen hiervon im wesentlichen verschont, selbst wenn das Alkoholverbot weniger streng genommen wird, wie das in der Türkei der Fall ist. Sofern es aber zur Alkoholabhängigkeit kommt, dann ist der Betroffene wegen seiner Devianz von den gesellschaftlichen Normen der Gefahr völliger Entgleisung in erhöhtem Maße ausgesetzt. Das gilt etwa für die Golf-Staaten, wo es schon einen therapeutischen Erfolg darstellt, einen Menschen von der sozial geächteten Alkoholabhängigkeit auf die sozial tolerierte Medikamentenabhängigkeit umzustellen.

Nicht minder gibt die Kultur Hinweise für den Umgang mit psychischen und somatischen Störungen, etwa mit Schmerz, mit Ängsten und anderen überwältigenden Emotionen oder mit unheimlichen Erfahrungen, also mit dem Krankheitserleben. In der bürgerlichen Kultur der europäischen Industriestaaten ist für den Kranken das gut ausgebaute Medizinsystem zuständig. Dies sieht den Patienten vor allem als einzelnes Individuum und erwartet von ihm, daß er sachlich Auskunft gibt, wenig Emotion zeigt und beim Therapieprozeß aktiv und zuverlässig mitwirkt (»compliance«). Wer von dieser Instanz als »krank« anerkannt ist (»Krankschreibung«), hat es nicht nötig, sein Kranksein weiter unter Beweis zu stellen (Eser 1985).

Anders verhält es sich in landwirtschaftlichen Gebieten des Mittelmeerraumes. Sofern das öffentliche Gesundheitswesen noch wenig ausgebaut ist, sieht sich der Kranke ganz auf die Unterstützung seiner Familie angewiesen. Er muß deshalb immer wieder an die Anteilnahme seiner Umgebung appellieren und ihr den Ernst seines Krankseins mit deutlicher Emotion vor Augen führen – ein Verhalten, das bei uns auf Unverständnis und ironische Ablehnung trifft (»Mamma-mia-Syndrom«, »Morbus Bosphorus«), das in seiner Welt aber angemessen ist und richtig verstanden wird.

Während die introspektive Tendenz des westlichen Bürgertums die Neigung zu Schuldgefühl und Selbstanklage fördert, wird in stärker traditions- und gemeinschaftsorientierten Gesellschaften die Ursache des Unheils eher in einem gestörten Verhältnis zur Mitwelt gesehen, etwa in Neid und Mißgunst anderer Menschen (Pfeiffer 1992). Auch kommt es hier öfters zum elementaren Ausleben der Emotion (etwa im Erregungszustand, in Fugue, in blinder Aggression) oder aber zum Rückzug in stuporartige Zustände. Beides kann mit mehr oder weniger ausgeprägten Bewußtseinsveränderungen einhergehen als einer besonderen Form der Flucht

aus der Realität, was uns an Syndrome wie Amok oder Latah erinnert, die besonders in Südostasien beschrieben sind.

In den westlichen Industrieländern sind die dramatischen Syndrome wie z.B. psychogener Dämmerzustand und katatoner Stupor, die früher auch bei uns keineswegs selten waren, fast verschwunden und haben emotions- und ausdrucksarmen Krankheitsbildern Raum gegeben. Aber auch die Migranten aus dem Mittelmeerraum, die anfangs derartige Bilder öfters produzierten, passen sich immer mehr den örtlichen Verhaltensweisen an.

3. Kulturspezifische Interpretationen

Krankheitsbild und Therapie werden entscheidend dadurch bestimmt, wie die vorliegende Störung durch den Patienten selbst und auch durch seine Umgebung gedeutet wird; und das heißt auch: was sie für eine Bezeichnung erhält. Denn durch den Vorgang des Benennens (»Labeling«) wird die Störung aus der Ebene individuellen Unglücks in die umfassende Ordnung des jeweiligen medizinischen Systems eingefügt, was erst einen planmäßigen Umgang ermöglicht.

Um zu verdeutlichen, wie sehr die Benennung mit der Bewertung verbunden ist und wie sie demgemäß über den Umgang mit dem betroffenen Menschen entscheidet, sei hier auf das Beispiel der Lepra hingewiesen. Seit alters galt sie als göttlicher Fluch und führte deshalb zur Ausstoßung des Kranken aus der Gesellschaft, machte ihn also zum »Aussätzigen«, ein Schicksal, das sicher nicht nur ein Fortschreiten des körperlichen Leidens bewirkte, sondern zugleich psychische Verformung. Zur Überwindung dieses in der Tradition verwurzelten Vorurteils bedurfte es der bakteriologischen Aufklärung des Leidens als einer der Tuberkulose verwandten Infektionskrankheit, die medikamentöser Behandlung gut zugänglich ist. Trotzdem ist das Stigma auch heute von ihr noch nicht völlig gewichen.

Zwar geringere, aber doch vergleichbare Stigmatisierung trifft den Geisteskranken. Besonders das Etikett »Schizophrenie« und die Vorstellung, daß es sich um ein in der Familie erbliches Leiden handele, belastet die ganze Verwandtschaft und beeinträchtigt die Heiratsaussichten der weiblichen Angehörigen.

Doch liegen magische Interpretationen von Geisteskrankheiten angesichts der Unverständlichkeit und Unheimlichkeit der psychotischen Symptomatik besonders nahe. Das merkwürdige Verhalten psychotischer Personen (z.B. Gespräche mit

einem unsichtbaren Partner), aber auch tatsächlich als magisch gemeinte Handlungen (Magie als schizoide Form von Aggression!), können den Verdacht erregen, es handele sich um eine Hexe. Ein Verdacht, der durch entsprechende Wahnideen und Selbstbeschuldigungen vollends besiegelt wird. Für die unter Verdacht stehende Person kann die Anschuldigung zur Katastrophe werden, da die Konsequenzen von der Ausschließung bis zur Vernichtung reichen. Es ist anzunehmen, daß bei der Hexenverfolgung in Europa eine beträchtliche Zahl psychotisch Erkrankter getötet wurde. Der technischen Zivilisation entspricht dagegen der technische Erklärungswahn, der etwa akustische Halluzinationen auf Radar zurückführt. Die besondere Situation von Migranten und Minoritäten wiederum prädisponiert zum Verfolgungswahn, so daß paranoide Vorstellungen in sprachfremder Umgebung sehr wohl auch bei Gesunden auftreten.

Andererseits bedeutet die Vorstellung, die kranke Person sei das Opfer eines Zaubers (oder aber des Bösen Blicks) eher eine Entlastung:

- einmal für die Familie, die hierdurch kein Makel trifft,
- zum anderen für den Patienten, dem eine solche Annahme die besondere Zuwendung und Hilfe seiner Angehörigen sichert (Risso & Böker 1964).

Der Glaube an Hexerei und an mögliche Gegenmaßnahmen hat in den meisten Gesellschaften eine alte Tradition. Man versteht mit solchen Ereignissen umzugehen; es gibt Fachleute und angesehene Behandlungsmethoden. Demgemäß ist die Annahme eines Zaubers weniger geeignet, Panik oder Verzweiflung hervorzurufen, als Zorn und Gegenmaßnahmen, nicht zuletzt in Form von Aggression.

4. Kulturspezifische Interventionen

In Hinblick auf Zauber und Hexerei lassen sich mehrere therapeutische Prinzipien unterscheiden, die – entsprechend der Kultur – in unterschiedlichem Maße akzentuiert und ausgeformt werden (Pfeiffer 1995). Sie umfassen:

- Die Mehrung der Lebenskraft, was zugleich eine Stärkung der Abwehr gegen schädliche Einflüsse bedeutet. Das kann geschehen durch: Aufsuchen eines heiligmäßigen und damit kraftvollen Menschen oder Ortes, Anlegen kraftvoller Gegenstände (z.B. Amulette), heiligende und damit kraftmehrende Handlungen (Gebete, Rezitation heiliger Texte, gute Werke).

- Beseitigung des krankmachenden Agens (Reinigung des Betroffenen und seines Umfeldes, Aufsuchen schädlicher Objekte, Extraktion).
- Änderung der Beziehung zum Urheber des Zaubers. Dies kann dadurch geschehen, daß ein dem Widersacher zugefügter Schaden wieder gutgemacht wird, oder daß man ihn durch Geschenke freundlich stimmt. Aber auch durch Drohungen und Gegenaggression, etwa indem der Zauber auf den Urheber zurückgewendet wird.

Der Einfluß der Kultur zeigt sich nun gerade darin, welcher dieser Faktoren betont und wie er ausgeformt wird. So ist das Verhandeln und Begütigen kennzeichnend für eine Reihe von Stammeskulturen, wo Zauber nicht notwendig verurteilt wird. Weiter ist zu beachten, wie weit die Hilfe im natürlichen Bereich (bei Menschen, Orten, Gegenständen) gesucht wird oder aber bei einer übernatürlichen Instanz, zu der die natürlichen Wesen und Dinge allenfalls Mittler sein können.

Die Vielfalt und die ganz unterschiedlichen Auswirkungen volksmedizinischer Etikettierungen seien hier am Beispiel der Besessenheitszustände weiter verdeutlicht. ›Besessenheit‹ ist ein Erklärungsmuster, das Veränderungen, vor allem psychischer bzw. verhaltensmäßiger Art, darauf zurückführt, daß eine geistige Wesenheit (ruh, cin, ifrit, seytan) von dem Betroffenen Besitz ergriffen hat, z.B. indem er in seinen Körper eingetreten ist. Während der manifesten Besessenheit ist das Verhalten daher nicht mehr dem Menschen zuzurechnen, sondern dem eingedrungenen Geist, was in entsprechender Veränderung der Sprache und des sonstigen Verhaltens Ausdruck findet. So kann ein schlichter Bauer das erhabene Betragen eines Fürsten aus alter Zeit annehmen, ein würdiger Mann das kapriziöse Benehmen eines Mädchens oder aber das blinde Toben eines gereizten Wildschweins (Pfeiffer 1994: 143ff.). Wie sich die Umgebung zu dem Besessenen einstellt, das hängt davon ab, auf welche Weise die Kultur Besessenheit im allgemeinen und nun speziell den sich manifestierenden Geist beurteilt. Dabei treffen wir auf eine breite Palette von Verhaltensweisen, die von andächtiger Verehrung (etwa eines Fürsten oder einer Gottheit) über freundliche und vertrauensvolle Zwiesprache (etwa mit Ahnengeistern) bis hin zu Abscheu und Entsetzen (bei satanischen Manifestationen) reicht.

Kennzeichnend für Stammesreligionen ist, daß man sucht, mit dem Geist einen Modus vivendi auszuhandeln, der den Wünschen aller Beteiligten gerecht wird und den Geist zum bleibenden Beschützer und Helfer des von ihm erwählten Menschen werden läßt. Eine solche Umgangsform ist sogar für den Zar-Kult in islami-

schen Ländern wie Ägypten kennzeichnend. Wo hingegen Besessenheit allgemein auf »unreine« (d.h. satanische) Geister zurückgeführt wird, wie das für die offiziellen Formen von Islam und Christentum zutrifft, dort ist alles Verhandeln untersagt und es bleibt nur die kompromißlose Austreibung, der »Exorzismus«: ein Ritual, das in fundamentalistischen Kreisen des Christentums und des Islam auch heute noch geübt wird und in seiner Härte das Leben der betroffenen Person gefährden kann. Ein Beispiel für die fortdauernde Lebendigkeit solcher Vorstellungen bieten die Schriften von A. Rodewyk sowie das traurige Ende der Anneliese Michel, das sich vor wenigen Jahren in der Nähe von Würzburg ereignete (hierzu Goodman 1980).

Auch unter psychotherapeutischem Aspekt geht es hier um zwei grundsätzlich verschiedene Behandlungsformen: beim Geisterpakt wird die Integration der abgespaltenen Bereiche (des »Schattens« im Sinne von C.G. Jung) in das bewußte Leben angestrebt. Der Exorzismus bedeutet dagegen die radikale Abspaltung und Verdrängung der Ich-fremden Impulse.

Die vier Ebenen kulturellen Einflusses, die vorstehend beschrieben wurden, bedürfen der Ergänzung um eine weitere Ebene, nämlich um die »kulturgemäße Formung der Persönlichkeit«, was etwa dem Konzept der »Basic Personality« bei Kardiner (1945) entspricht. Ein Begriff, mit dem wir freilich kritisch umgehen müssen, denn unsere modernen Kulturen beruhen ja auf dem Zusammenspiel ganz verschiedenartiger Persönlichkeiten. Doch kann man entsprechende Beobachtungen bereits bei Primitivkulturen machen, etwa im Mentawai-Archipel, wo das Leben der Gruppe in der Spannung verläuft, die sich zwischen dem sittenstrengen und verlässlichen Sippenoberhaupt (Rimata) und der zwielichtigen Gestalt des Heilkundigen (Kere) ergibt (Duyvendak 1955).

Die kulturgemäße Formung der Persönlichkeit umfaßt mehrere Aspekte, nämlich:

- die individuelle Dynamik (»Ich-Stärke«),
- die Abgrenzung des Ich gegen die Umwelt,
- die Fähigkeit zur empathischen und dialogischen Wechselbeziehung und gewiß noch andere.

Hier sei lediglich hervorgehoben, wie beim Bösen Blick, aber auch bei den anderen magischen Einwirkungen, die Grenzen des Ich für den Blick, das Wort und sogar für Meinung und Wollen des Anderen durchlässig sind, so daß fremde Strebungen in der Person Macht gewinnen, was von der Spaltung der Intentionen und der Lähmung der vitalen Dynamik bis zum Erlöschen des individuellen Seins reicht,

etwa in der vollen Besessenheit oder in der Transformation in eine andere Wesenheit (z.B. in einen Werwolf).

Wie schon erwähnt, versuchen traditionelle Behandlungsmethoden, die gefährdete Lebenskraft durch Zufuhr von Energien zu stärken und die durchlässigen Ich-Grenzen gegen die von außen einwirkenden Einflüsse abzuschirmen. Dies geschieht durch gleichfalls von außen applizierte Hilfsmittel wie Reinigung, Amulette, Segenssprüche. Das typische Merkmal moderner Psychotherapie läge dagegen darin, die Individualität des Betroffenen zu wecken und zu differenzieren und von hier aus (gewissermaßen »von innen her«, durch Reifung und »Wachstum«) die Abgrenzung des Ich zu festigen. Diese Entwicklung zur eigenständigen Betrachtung und Wertung, zur Selbstbestimmung hin bezeichnen wir als »Individuation« und erblicken darin eine zentrale Orientierungsmarke für die Lebensgestaltung des neuzeitlichen Europäers.

Wir sollten uns aber vor einer einseitigen Betonung der Individualisierung hüten. Zu offensichtlich sind die Mängel und Verluste, die eine solche Einseitigkeit verursacht. In seinem Gespräch mit Carl Rogers sagte der Philosoph Martin Buber:

»Ich könnte eine Menge Beispiele anführen von Menschen, die in höchstem Maße Individuen wurden, sehr von anderen unterschieden, sehr entwickelt in ihrem So-und-so-Sein, doch gänzlich ohne das zu sein, was ich einen Menschen nennen möchte. Individuum bedeutet nur diese Einmaligkeit, die Fähigkeit, sich so und so zu entwickeln. Aber eine Person, so würde ich sagen, ist ein Individuum, das wirklich mit dieser Welt lebt [...] in echter Wechselbeziehung mit der Welt in allen Berührungspunkten, in denen der Mensch mit der Welt zusammentreffen kann [...]. Dies ist es, was ich »Person« nennen möchte; und wenn ich zu bestimmten Erscheinungen ausdrücklich ja oder nein sagen darf, dann bin ich gegen Individuen und für Personen.« (Rogers 1960).

Es bedarf also beider Pole: der Entwicklung der Individualität (damit auch der Abgrenzung und Eigenständigkeit) und zugleich der Entwicklung der Beziehungsfähigkeit (gegenüber dem Mitmenschen, gegenüber der Welt). Mir scheint, daß Migranten aus dem Mittelmeerraum in Mitteleuropa einiges hinsichtlich der Individuierung (z.B. hinsichtlich der Ich-Abgrenzung und der Eigenständigkeit) erlernen können und müssen. Aber umgekehrt können wir Mitteleuropäer von den mediterranen Menschen wieder stärker die Werte mitmenschlicher Verbundenheit erfahren; und das meint auch das Offensein für den Anderen und die Fähigkeit zum

emotionalen Mitschwingen. Nur wenn wir beide Pole (Individuation und mitmenschliche Bezogenheit) in Einklang bringen und hieraus das Personsein entwickeln, können wir den Anforderungen unserer Zeit entsprechen, wie sie sich aus Migration und technische Revolution ergeben, etwa der Informationsflut und der Relativierung der Werte.

Fünf Ebenen des Kultureinflusses wurden vorstehend herausgearbeitet. Sie bilden ein Bedingungsgefüge, in dem die verschiedenen Ebenen zirkulär mit einander verbunden sind. So wirken Benennung und Intervention, die hier am Ende des Prozesses stehen, wiederum auf die Grundbedingungen (nämlich Lebenssituation und Persönlichkeitsformung) zurück. Und deren Modifikation begründet Änderungen in der Interpretation der Störung und in den weiteren Interventionen. Das mag folgender Ablauf verdeutlichen:

In einer isolierenden Situation (z.B. Gefängnis oder sprachfremde Umgebung) kommt es bei einem entsprechend veranlagten Menschen zum Ausbruch einer Psychose. Persönlichkeitsprägung und Verhaltensformung führen zu einer wahnhaften Ausgestaltung, etwa mit Größen- und Verfolgungsideen (etwa: Er sei ein Prophet, den seine Feinde vernichten wollen). Die Umgebung deutet das als Bessessenheit und antwortet mit Exorzismus, der aber erfolglos bleibt. Der Kranke flieht darauf aus der Gesellschaft in die Wälder, wird zum ›Waldmenschen‹. Das ist besonders aus dem afrikanischen Raum beschrieben (Asuni 1968: 35ff.); doch sind derartige ›wilde Leute‹ auch aus dem europäischen Mittelalter bekannt. Damit ist wiederum der Beginn des Zirkels erreicht, nämlich die pathogenen Bedingungen und die entsprechende Formung der Persönlichkeit.

Man darf annehmen, daß kulturelle Einflüsse bei jedem Fall psychischen Gestörtseins mit im Spiel sind, sei es pathogenetisch (d.h. krankheitsverursachend) oder pathoplastisch (d.h. krankheitsformend). Dabei kann den einzelnen Ebenen des Kultureinflusses in recht unterschiedlichem Maß Bedeutung zukommen. Erfolgt aber das Zusammenspiel der verschiedenen Einfluß-Ebenen auf solche Weise, daß sich eine charakteristische ›Gestalt‹ ergibt, dann ist es angebracht, von einem ›kulturgebundenen Syndrom‹ (culture-bound syndrome) zu sprechen. Hiervon ist ein ganzer Katalog beschrieben, so daß Simons & Hughes (1985) in ihrem Buch etwa 140 Namen aufführen konnten; eine Reihe dieser Syndrome hat sogar Aufnahme in ICD 10 gefunden, z.B. Latah, Amok, Koro und Dhat-Syndrom. Hier eine Tabelle mit einigen besonders bekannten Bezeichnungen, die nach psychopathologischen Gesichtspunkten geordnet sind:

Kulturgebundene Syndrome

Phobische Syndrome	Kajakangst, Höhenangst, Flugangst, Dunkelangst, Tierängste
Zwangssyndrome in Zusammenhang mit religiösen Riten	Purity-Mania (Reinheitsgebote des Hinduismus) Skrupulantentum (Beichtzwang im Katholizismus) ›waswas‹ (Reinigungs- und Gebetsrituale im Islam)
Veränderungen der Bewußtseinslage	Latah; Mata gelap; Amok, Besessenheitstrance
Störungen vitaler Grundfunktionen	Anorexie; Bulimie; psychogene Adipositas, psychogene Sexualstörungen

Wie gesagt, steht jede der aufgeführten Bezeichnungen für ein komplexes Syndrom, bei dem das Zusammenspiel allgemein-menschlicher Eigenschaften und individuellen Gewordenseins mit den verschiedenen Ebenen des Kultureinflusses zu einer einigermaßen umschriebenen ›Gestalt‹ geführt hat. Es wird im allgemeinen keine besondere Schwierigkeit bereiten, den einzelnen Krankheitsfall einer bestimmten Kategorie des medizinischen Diagnosensystems zuzuordnen. So kann sich ein Besessenheitssyndrom als Erlebnisreaktion, als schizophrener Schub oder als cerebral-organisch begründete Psychose erweisen, was zweifellos von großer pharmakotherapeutischer Bedeutung ist. Für die Einleitung der erforderlichen psycho- und soziotherapeutischen Schritte, überhaupt für die Beziehung zwischen Patient und Therapeut kommt es aber in hohem Maße auf das Verständnis der kulturellen Zusammenhänge an.

Da aber Menschen so unterschiedlicher Herkunft wie Türken und Deutsche durch den enormen Bevölkerungsaustausch zu einer bleibenden Schicksalsgemeinschaft geworden sind, ist es gerade im psychiatrischen Dienst erforderlich, sich um das Verstehen der Patienten zu bemühen; dies aber setzt die Beschäftigung mit der Kultur voraus, der sie entstammen.

Literatur:

- Adler, M., *Ethnopschoanalyse. Das Unbewußte in Wissenschaft und Kultur*, Stuttgart 1993.
- Asuni, T., *Vagrant psychotics in Abeokuta*. 2. Pan-African Psychiatric Conference, Dakar 1968.
- Bade, K.J., *Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland*, Essen 1994.
- Benedict, R., *Patterns of Culture*, Boston 1934 (dte. Ausgabe: *Urformen der Kultur*, Hamburg 1955).
- Doi, L.T., *Amae, a key concept for understanding Japanese personality structure*, in: R.J. Smith & R.K. Beardsley (Hg.), *Japanese Culture*, Chicago 1962.
- Duyvendak, J.Ph., *Inleiding tot de Ethnologie van den Indonesische Archipel*, Jakarta 1955.
- Eser, U., *Symptompräsentation und Krankheitsverhalten bei türkischen und deutschen Patienten*, Med. Diss. Münster 1985.
- Goodman, F.D., *Anneliese Michel und ihre Dämonen*, Stein/Rhein 1980.
- Gussow, Z., *Some responses of West-Greenland Eskimo to a naturalistic situation of perceptual deprivation*, in: *Inter-Nord. International Journal of Arctic and Nordic Studies*, 11. 1970, S. 227-262.
- Hoch, E., *Psychiatrische Erfahrungen an indischen Patienten*, in: *Praxis*, 48. 1959, S. 1051-1057.
- Kardiner, A., *The concept of basic personality structure*, in: R. Linton (Hg.), *The Science of Man in the World Crisis*, New York 1945.
- Murphy, H.M.B., *Comparative Psychiatry*, Berlin 1982.
- Murphy, H.M.B. & A.C. Raman, *The chronicity of schizophrenia in indigenous tropic peoples*, in: *Brit.J.Psychiat.*, 118. 1971, S. 489-497.
- Pfeiffer, W.M., *Probleme der Arbeitsmigranten in psychotherapeutischer Sicht*, in: *Interkulturell*, Freiburg 1992, Heft 1/2, S. 113-126.
- Pfeiffer, W.M., *Transkulturelle Psychiatrie*, 2. Aufl. Stuttgart 1994.
- Pfeiffer, W.M., *Therapeutische Methoden der Stammeskulturen im Vergleich mit moderner Psychotherapie*, in: M. Hermer (Hg.), *Die Gesellschaft der Patienten*, Tübingen 1995.
- Portera, A., *Interkulturelle Identitäten*, Köln u.a. 1995.
- Prince, R.H., *The »Brain-Fag« syndrome in Nigerian students*, in: *J.ment.Sci.* 106. 1960, S. 559-570.
- Risso, M. & W. Böker, *Verhexungswahn*, in: *Bibl. psychiat. neurol. Fasc.* 124, Basel 1964.
- Rodewyk, A., *Dämonische Besessenheit*, 4. Aufl. Augsburg 1988.
- Rogers, C.R., *Dialogue between Martin Buber and Carl Rogers* (1960, dte. Fassung in: *Jahrbuch f. Personzentrierte Psychologie & Psychotherapie* 1992, S. 187-201).
- Simons, C.R. & Ch.C. Hughes (Hg.), *The Culture-bound Syndromes*, Dordrecht 1987.

- Stubbe, H., Moleques. Afrobrasilianische Straßenkinder, in: Lateinamerika-Studien, 33. 1994, S. 263-308.
- Thakur, U., The History of Suicide in India, Delhi 1963.
- Tseng, W.-S. & J.F. McDermott, Culture, Mind & Psychotherapy. An Introduction to cultural Psychiatry, New York 1981.
- WHO, Schizophrenia. An international follow-up Study, New York 1979.
- Zutt, J., Über Daseinsordnungen. Ihre Bedeutung für die Psychiatrie, in: Nervenarzt, 24. 1953, S. 177f.

How relevant is assimilation?

By Richard Alba

Introduction: Rescuing assimilation

Assimilation as a scientific concept has fallen into undeserved disrepute. Once the crowning concept in the study of ethnic relations, in recent decades it has been increasingly seen as an ideologically laden residue of worn-out sociological theories and as an ethnocentric and patronizing imposition on minority peoples struggling to retain their cultural and ethnic integrity (Glazer, 1993). It is not our intent here to review the historical developments that produced this intellectual sea change, which could be illustrated with any number of supportive quotations from the recent social-scientific literature on ethnicity and immigration. Consider, for example, the following soberly worded passage from a recent essay by two prominent scholars in the field, Alejandro Portes and Min Zhou (1992: 492-3):

»Some of the most conservative policy solutions to the plight of impoverished ethnic groups in America find their theoretical justification in sociology, not in economics. The functionalist school led to an overriding concern that endured for many years. In the subfield of race and ethnic relations, the hegemony of functionalism translated into a focus on »assimilation«. Assimilation is a mechanism for socializing culturally diverse groups into common normative expectations so that they can join the native mainstream. »Foreignness« is primarily an issue of differences in values and behavioral practices that should be abandoned by each minority in order to gain acceptance into the mainstream. American sociologists working in this tradition confidently anticipated the inevitability of the process [...].«

Without question, the intellectual sins suggested in the quote can also be documented in the literature on assimilation. For instance, Warner and Srole (1945: 285ff.), in their classic account of assimilation among ethnic groups in New Haven, describe ethnic groups as »unlearning« their »inferior« cultural traits (inferior from the point of view of the host society), in order to »successfully learn the new way of life necessary for full acceptance«. Warner and Srole also correlated the potential for rapid assimilation with a hierarchy of racial and cultural acceptability, ranging from English-speaking Protestants at the top to »Negroes and all Negroid mix-

tures» at the bottom. The depiction of the ethnocentric tendency in classical American assimilation could hardly be clearer.

Whatever deficiencies there may have been in earlier formulations and applications of assimilation, we hold that there has also been something of scientific value, that some version of assimilation offers the best way to describe the integration into the mainstream experienced across generations by many individuals of some ethnic groups, even if assimilation cannot be treated as a universal constant of American life (Glazer, 1993). The current paper is taken from a larger effort, in which we attempt to refine assimilation in such a way as to make it potentially applicable to new immigrant groups in the United States, rescuing it insofar as we can from any ethnocentric and ideological burdens (we are not alone in the attempt to revive assimilation; see, for instance, Barkan, 1995; Morowska, 1994). Here, we survey the evidence about European-ancestry groups, where assimilation has generally been thought to have its greatest relevance, and then assess some common arguments about the analogy between these groups and new immigrant groups.

Evidence of assimilation among European-ancestry ethnics

There is abundant evidence that assimilation is a process of major import, perhaps the master trend in fact, among whites in the U.S. To say this is not to say that assimilation has completely eroded ethnic differences among whites or will ever do so. Thus, it is not necessarily evidence against the thesis of assimilation that ethnic communities continue to exist in many cities (cf. LaRuffa, 1988), nor that many individuals identify to some degree with their ethnic ancestry (though the nature of these ethnic identities is obviously of great interest for any assessment of assimilation [Gans, 1979]). Acknowledging the factual extent of assimilation does not presuppose much about the intentions of immigrants and their progeny, their willingness to assimilate, in other words. While undoubtedly this willingness varied considerably from individual to individual and group to group, there is ample evidence to show that immigrants frequently did not want or expect their children and grandchildren to assimilate and, in their eyes, thus disappear into the larger body of American society. Indeed, for some groups, such as the southern Italians, the record demonstrates that, during their early decades in the United States, they kept some distance between their families and agencies of Americanization, such as the schools, in part because their goals were still focused on return to their home villages (e.g. Covello, 1972; Perlmann, 1988). It is also clear that native-born Americans frequently rejected these immigrants and children as inferior, even

racially so, and ultimately unassimilable. Eastern European Jews, southern Italians, and other turn-of-the-century immigrants from southern and eastern Europe were the particular targets of nativist hostility (Higham, 1970).

While there may be legitimate reasons to question whether acculturation has penetrated all layers of ethnic culture, research strongly supports the conclusion that European-ancestry groups changed in profound ways, many of which could be described as more or less necessary cultural accommodations preceding or accompanying social mobility in the broadest sense. For instance, the evidence shows that high fertility immigrant groups, such as the Italians and eastern European Jews, converted within a generation to the low-fertility patterns characteristic of other white Americans in urban areas (Femminella and Quadagno, 1976; Morgan et al., 1994). Perhaps most important, given the role of language as a seedbed for other aspects of culture, is the evidence on linguistic acculturation: this appears to show that, for virtually all groups, a three-generation model of conversion to English monolingualism has held (Veltman, 1983; Stevens, 1992). This process has led to a massive implosion of ethnic language communities within a short historical span. For instance, data from the 1979 Current Population survey suggest that, before 1930, close to three-quarters of U.S.-born ethnics of southern and eastern European ancestry grew up in homes where a language other than English was spoken (Alba, 1988). Data from the 1990 Census indicate that only a tiny fraction of youths with these ancestries, less than 5% of each group, currently speak a language other than English at home (Alba, 1995). Even so, it would not be reasonable to forecast on this basis the disappearance of these languages, for they may still be sustained within geographically delimited «language islands», to borrow Joshua Fishman's term. Indeed, while the number of speakers of most of the European languages declined between the Censuses of 1980 and 1990, the number of French speakers increased modestly (Barringer, 1993).

Some scholars see limits to the extent of acculturation among European-ancestry Americans and point especially to values and behaviors in the family realm as the domain where distinctive ethnic cultural patterns are most likely to persist. A common argument in support of this position is that the acculturation required to take advantage of opportunities for social mobility in American society leaves ample room for a distinctive cultural ethos in private spheres and that this compartmentalization is part of the American understanding of ethnicity (Glazer, 1975). Andrew Greeley (1971; Greeley and McCready, 1975) has probably done the most to develop supportive evidence. This position also finds resonance in the

imaginative literature on ethnicity, which emphasizes its subtle influences in family settings (e.g., Gordon, 1989; McDermott, 1992). A corollary argument holds that a straight line of descent, and inevitable erosion in the process of transmission across the generations, need not connect ethnic cultural distinctions of the present to the cultures immigrants brought from the homelands, for unpredictable ethnic «reinventions» can supply the necessary distinctions even after assimilation has eroded the immigrant cultures (Conzen et al., 1992). The implication is that cultural assimilation need not be an irreversible process, for ethnic cultural distinctions are capable of arising phoenix-like.

Arguments that cultural differences persist in some form are certainly credible, but they fail to address questions about the significance of these differences: for example, how their contemporary magnitude compares to that in the past; and whether the differences set ethnically distinguishable groups apart or, rather, whether they are within a range of «normal» variation to be observed among white Americans. In light of the high rates of intermarriage on the part of all the major white ethnic groups, including those for whom the greatest distinctiveness is claimed (such as the Irish, Italians, and Jews), it is difficult to see these differences as salient, since they pose so little difficulty for marriage across ethnic lines.

Socioeconomic assimilation has also made great strides. Research during the last two decades has demonstrated a growing and impressive convergence in the *average* socioeconomic life chances of the members of white ethnic groups. Convergence here means in particular that the disadvantages that were once quite evident for some groups of largely peasant origins in Europe, such as the Italians, have largely faded and their socioeconomic attainments increasingly resemble, if not even surpass, those of the average white American (Greeley, 1976). This convergence has not necessarily diminished the exceptional achievements of some relatively small groups, such as eastern European Jews, however. This convergence is evident in: the increasing parity in the educational attainments across birth cohorts (from older to younger) of different European ancestry groups (Alba, 1995); the decline of white ethnic differences in average occupational standing by the third generation (Neidert and Farley, 1985); and the gradual erosion of ethnic economic niches, such as the former concentration of Germans among bakers (Lieberson and Waters, 1988: 124-9). However, these indicators of convergence do not imply that the routes taken by different ethnic groups to parity were uniform, that there was thus a single process of assimilation for all groups. Groups with peasant origins in Europe that settled in urban settings in the U.S., such as the Irish and Italians,

entered the labor force at much lower levels than did groups that brought urban experience and industrial skills with them, eastern European Jews perhaps the pre-eminent example (Kessner, 1977; Perlmann, 1988).

Residential changes parallel the socioeconomic gains experienced by many groups. In establishing a baseline for the measurement of change, one must be careful not to construct an inappropriate standard from the extreme segregation experienced by African-Americans (Massey and Denton, 1993). It was probably the case that, even in the mass-immigration era, immigrant neighborhoods for the most part were not ethnically homogeneous and juxtaposed cheek by jowl individuals and families from several groups (see Philpott, 1978, concerning Chicago). In any event, research has generally supported the hypothesis that generational progression weakens the residential segregation of European-ancestry groups (Lieberson, 1963; Guest and Weed, 1976). Residential assimilation has probably been strengthened in recent decades because of the profound transformation in the residential settings of the majority of whites wrought by suburbanization. About two-thirds of non-Latino whites who live in metropolitan areas now reside outside of large (i.e., central) cities and thus in suburban communities (Alba and Logan, 1991). Suburbanization has undoubtedly had the effect of weakening overall residential segregation because it siphons off socially mobile families from central-city ethnic communities and introduces them into suburban communities, which tend to be more ethnically intermixed than urban ones. Analysis of 1980 and 1990 Census data in the New York City Greater Metropolitan region (the New York City CMSA) reveals that the segregation indices of white ethnic populations in suburbs are about half the values they attain in central cities (Alba et al., 1995). Moreover, even in a region where ethnic neighborhoods are visibly present in the larger cities (Rieder, 1985; DeSena, 1990), metropolitan-wide segregation scores are modest – the values of the index of dissimilarity are below 0.3, the benchmark for moderate segregation (Massey and Denton, 1987) – demonstrating the great extent of residential intermixture.

In another respect, however, there has not been great residential dispersion. Each of the major European ancestry groups has a distinctive pattern of regional concentration, which is generally clearly linked to its initial pattern of settlement. These initial patterns have had long-lasting consequences on residence. German, frequently as part of ethnic mixtures, is still the most common ancestry found in much of the Midwest; individuals with Scandinavian ancestries are disproportionately found in and around Minneapolis-St. Paul; and half of all Americans with

Italian ancestry are located in just six northeastern states (Lieberson and Waters, 1988: chap. 3). While there has not been sufficient research attention to the ethnic implications of these geographical concentrations, it is likely that they have some consequences. For one thing, a group's ethnic contributions to the common culture are most salient in regions where it is concentrated – a German *Oktoberfest* has a significance in Milwaukee that it does not have in many other parts of the country –, and the same point can be made about St. Patrick's Day in Boston, Chicago, and New York City (Fuchs, 1990: 302-3).

Nevertheless, some other evidence about assimilation is very convincing. Although Gordon's view was that structural assimilation was far from inevitable, the data demonstrate unequivocally that a strong form of structural assimilation, namely, intermarriage, is occurring at a robust level (Alba, 1990; Lieberson and Waters, 1988). Intermarriage can be viewed as the visible tip of a larger mass of interethnic contacts, occurring throughout the social fabric, but below the surface in the sense that they are not usually measured directly by research instruments. Moreover, intermarriage is generally regarded, with justification, as the litmus test of assimilation. This remains true even if marriage can no longer be taken for granted as a lifetime commitment. A high rate of intermarriage signals that individuals of putatively different ethnic backgrounds no longer perceive social and cultural differences significant enough to create a barrier to a long-term union. In this sense, intermarriage could be said to test the salience and even the existence of a social boundary between ethnic categories. Moreover, intermarriage carries obvious and profound implications for the familial and, more broadly, the social contexts in which the next generation will be raised. Its significance in this respect is not much diminished by a high rate of divorce, because the children of divorces usually carry on close relationships with both sides of their families.

Intermarriage has advanced to the point that a substantial majority of marriages by non-Latino whites involve some degree of ethnic intermixing. In 1990 Census data, more than half (56 percent) of U.S.-born whites have spouses whose ethnic backgrounds do not overlap with their own (included in this count are spouses whose ethnic ancestries are described as just »American« or in some other non-ethnic way) (Alba, 1995). Only a fifth have spouses with identical ethnic backgrounds. The remainder, not quite a quarter, have spouses whose ancestries overlap their own in some respect but differ in some other; of necessity, one or both partners in these marriages have mixed ancestry (as when, for instance, a German-Irish groom takes an Irish-Italian bride). Intermarriage has had an especially deep

impact on the groups from southern and eastern Europe. This is partly because their smaller size (in comparison, say, with the German ancestry group) makes them more vulnerable to out-marriage; this phenomenon is well known from intermarriage studies. It may also be due to their concentration in regions of the nation where ethnic diversity is greater among whites (the Northeast compared to the South, for instance), increasing the likelihood that they will have close relationships with individuals of diverse backgrounds.

The acid test of intermarriage among European-ancestry Americans is the Jewish case. Not only does a substantial religious divide, accompanied by a historical legacy of anti-Semitism, come between Jews and Gentiles, but Jews have made strenuous efforts to promote endogamy by their young people. For much of the 20th century, these efforts seemed to bear fruit: Jewish-Gentile intermarriage remained at low levels. But in the most recent decades, it has surged. Data from the 1990 National Jewish Population Survey reveal that 57 percent of Jews marrying since 1985 have married partners raised in other religions; just two decades earlier, the figure had been only 11 percent (Steinfels, 1992). This rapid rise of intermarriage is a reflection of a more general phenomenon: a broad and deep decline in the role of ethnoreligious origins in determining the choice of marriage partners by whites (Kalmijn, 1991).

In one respect, the spread of intermarriage among whites does recognize boundaries, however. Intermarriage with Latinos or non-whites remains uncommon; according to analysis of 1990 Census data by Alba (1995), only 2 percent of non-Latino whites have married outside this population. Intermarriage with whites appears considerably more frequent when assessed from the standpoint of minority populations, other than African Americans, in part because of their smaller size. Thus, Edmonston, Lee, and Passell (1994) find that 20% of Asians and 30% of Hispanics to be intermarried, mostly with whites.

The growing extent of more or less objective forms of assimilation among whites, such as acculturation and structural assimilation, have led to a shift in the research frontier to questions concerned with the subjective dimension of ethnicity, ethnic identity. Some commentators have seen the persistence of some forms of ethnic identity among intermarried whites as a direct challenge to, indeed a refutation of, a central principle in Gordon's scheme – namely, that structural assimilation stimulates all other forms – and as an indication that ultimate assimilation has been thwarted (Novak, 1971). Others have elaborated a concept of ethnic identity, gen-

erally labeled ›symbolic ethnicity‹ after Gans (1979), that is more consonant with assimilation (Alba, 1990; Waters, 1990). This is a form of limited-liability ethnicity that allows whites to ›feel ethnic‹ occasionally in family and leisure-time activities but carries few commitments in everyday social life. Gans argues that it is consistent with the straight-line theory of assimilation, but he is agnostic about whether symbolic ethnicity can persist indefinitely. Alba (1990) suggests that it can, because symbolic ethnicity is an identificational expression of a European-American group in the process of formation. Like all ethnic groups, the European-American group expresses a common identity in terms of a perceived common historical experience, which in this case is partly based on immigration and its aftermath. Consequently, family memories of European ancestry and immigration (whether factually accurate or not) serve to link individuals to this validating experience.

One must distinguish here between the perception of ancestry and ethnic identity. Ancestry can be defined as the beliefs about one's forebears; in this sense, ancestry is an objective matter, however much distortion and loss may occur to this knowledge across the generations. Identity, on the other hand, involves beliefs about oneself; it is fundamentally a matter of the ethnic labels one applies to oneself (including ›American‹), of the emotional intensity attached to them, and of the situations in which they are activated and the actions that ensue as a result. Survey research and census data demonstrate that the great majority of whites do not say just ›American‹ when asked their ancestry, i.e., they can name some extra-American ancestry (Alba, 1990; Farley, 1991; Waters, 1990). Many think of themselves at times in terms of ethnic labels and have some preference for one origin over others when their ancestry is mixed; they attribute some importance to their ethnic origin; and they have specific conceptions about the characteristics associated with these origins, although these conceptions frequently exhibit surprising commonalities among different ethnic origins (Alba, 1990; Lieberman and Waters, 1994; Waters, 1990). However, these ethnic identities do not seem for most whites to involve strong commitments to maintain ethnic affiliations, at least outside of the family milieu. For instance, rates of membership in ethnic organizations are quite low (Alba, 1990; Smith, 1992).

The depiction of assimilation as the master trend among European-ancestry whites has not been without critics. One body of critics has, as already noted, pointed to evidence of the incompleteness of acculturation to suggest that a sufficient basis for ethnic distinctiveness remains. Another has pointed to surviving ethnic social structures and their articulation with supportive economic and political interests.

This claim relies on a proposition that ethnic solidarity, the self-conscious recognition of ethnic origin as a social bond, crystallizes under certain conditions: namely, where ethnic group membership overlaps substantially with occupation and with neighborhood. Under these conditions, it has been argued, the interests held in common by individuals who share more than ethnicity alone come into play in support of ethnicity (Glazer and Moynihan, 1970; Yancey et al., 1976; Morawska, 1985). These were once seen as widespread conditions, bolstering the conclusion that ethnicity retained its potency among whites. As Glazer and Moynihan (1970: lvii) pithily asserted of the New York City of the 1950s and 1960s, »to name an occupational group or class is very much the same thing as naming an ethnic group.« But research as well as common observation suggest that this description is less valid today. This is not to deny that some economic niches remain among white ethnic groups, nor that ethnic neighborhoods can still be found in the large cities where immigrants settled in large numbers at the beginning of the century. But these traces of persistence, however remarkable they seem nearly three-quarters of a century after the end of the era of European immigration, do not seem to characterize the situations of a large fraction of whites.

Nevertheless, even those who argue that assimilation's powerful tide is undeniable must recognize the importance of variations in the extent of assimilation. For instance, even though rates of intermarriage are high in an absolute sense and appear to have increased over time, they are still not at the levels that would obtain if marriage choice was indifferent to ethnic origin (Lieberson and Waters, 1988; Waters, 1990). Rates of endogamy, in other words, are considerably higher than would occur by chance, thus suggesting the presence in many groups of pools of individuals who either seek out mates of the same background or, because of the social contexts in which they are embedded, have relatively little opportunity to choose mates from other backgrounds.

One factor implicated in such variation is residence in ethnic neighborhoods. Individuals who grow up in and continue to reside in ethnic neighborhoods are more likely to exhibit characteristic ethnic behavior and to participate in ethnically based social networks (Alba, 1990). A census-based study of German, Irish, and Italian neighborhoods in the Greater New York City region (Alba et al., 1995) is illustrative, demonstrating that: members of each group who reside in census tracts where the group is concentrated are more likely to report single rather than mixed ancestry and, except for the Irish, to speak a mother tongue at home. For the Italians, who had the most extensive ethnic areas, it was also possible to examine intermar-

riage patterns, and the predictable pattern obtained: intermarriage was much less common in ethnic neighborhoods than outside of them. The study also revealed an urban-suburban gradient in ethnic traits, with central city ethnic areas more ethnic in this respect than suburban ones. The disparity between central-city ethnic neighborhoods and suburban non-ethnic ones was substantial – for instance, the residents of the former were two-and-a-half to four times more likely than residents of the latter to speak the mother tongue. Given that there are also large differences between these neighborhood types in the concentration of the group in the population, there is a tremendous variation in the probability of hearing a language other than English on the streets, in the stores, and elsewhere. The study also found, however, that only a minority of each ancestry group resided in its ethnic neighborhoods. Among the Germans and Irish, these minorities were quite small, 5 percent or less of those with these ancestries. The minority was more sizeable, roughly a quarter, among the Italians.

On a larger scale, regional concentrations of ethnic groups play a major role. In the regions where a group is thickly represented in the population – Germans in and around Milwaukee, say – its cultural and institutional infrastructure is likely to be robust and ethnic economic niches, or even subeconomies, present (Glazer and Moynihan, 1970). In such regions, the supply side of ethnicity is typically richer and may provide greater incentives to identify in non-symbolic ways with the group and to participate in its networks and institutions; these incentives may well be attractive even for those members of an ancestry group who, in terms of their individual characteristics, seem relatively assimilated (Alba, 1990).

A similar logic also suggests the importance of group size. The impact of group size on the rate of intermarriage is, for instance, a well-established observation (Blau, 1977; Blau et al., 1982). By extension, size is likely to affect other forms of participation in the group's social structures and activities. The reasons are fairly evident. With respect to marriage, group size determines the pool of available partners from a given ethnic group; since a taste for a mate of the same or a similar ethnic background is just one of the competing tastes that affect the final choice, the size and composition of that pool establish the likelihood that these tastes can be satisfied within the group or, instead, require an exogamous selection. More generally, group size determines whether a critical mass exists to create and sustain ethnic infrastructures such as enclave economies (Evans, 1989).

Is assimilation specific to a particular set of historical conditions?

Despite the impressive evidence of a powerful tide of assimilation among European-ancestry groups with very different characteristics at time of immigration and varied histories in the U.S., suggesting that forces promoting assimilation are entrenched in American society, many scholars of contemporary immigration reject assimilation as a likely outcome on a mass scale for post-1965 immigrant groups. One of the most compelling arguments they raise is that assimilation, represented by the canonical account, is specific to a set of historical circumstances that characterized mass immigration from Europe but does not, nor will not, confront contemporary immigrant groups (e.g., Massey, 1994; Portes and Rumbaut, 1990). In this section, we look at this argument in some detail and also consider some countervailing perspectives.

Among the possible differences between the circumstances of past and contemporary immigrations that have been noted are the following:

1. *the absence of a foreseeable hiatus in the immigration stream.* The decisive halt in the stream of mass immigration from Europe around 1930, induced by legislated immigration restrictions followed by the Great Depression, is widely thought to have been fateful for the ethnicities arising from this immigration. It meant, for one thing, that ethnic communities would be steadily weakened by social mobility, because there would be few newcomers to replace the families and individuals who were departing. Given the role of these communities and the infrastructure they support in providing incentives for individuals to maintain a loyalty to the group, the critical importance of the hiatus is almost self-evident.

Many students of contemporary immigration believe that a similar hiatus in the contemporary immigration stream is unlikely. One reason is the apparent disinclination of the federal government to ratchet down the level of immigration, though this may be changing as the political temperature generated by immigration issues rises (e.g., Brimelow, 1995). The most recent legislation, the Immigration Act of 1990, appears likely to raise the level of legal immigration (Reimers, 1992: 262). Moreover, efforts to control undocumented immigration are widely thought to be failures – the Immigration Reform and Control Act of 1986 appears to have exerted no more than a temporary check on the undocumented flow, and many argue that its amnesty provisions have created incentives for illegals that will have lasting effects (Donato et al., 1992).

Moreover, movement across national borders appears to be an endemic feature of the contemporary international system, and this adds to the difficulty of substantially limiting contemporary immigration. Emigration from less developed countries is not just a product of population pressure but of the curve of economic development, which instills in broad segments of the population consumption tastes that cannot be satisfied by their native economies and of the historical linkages that exist between less and more developed nations in the international system (Sassen, 1988; Portes and Rumbaut, 1990). Further, it is more difficult for states to control emigration than was the case a century ago. Such forces seem likely to engender large, difficult-to-control population movements far into the future, as exemplified by the large legal and illegal flows from Mexico to the U.S.

If immigration to the U.S. continues indefinitely at its current level, then population projections show that many of the ethnic groups arising from it will be dominated by the first and second generations well into the next century (Edmonston and Passell, 1994). This will create a fundamentally different ethnic context from that faced by the descendants of European immigrants, for the new ethnic communities are highly likely to remain large, culturally vibrant, and institutionally rich under such a scenario and ethnic subeconomies, though they may not likely remain affixed to particular niches, to continue to offer particularistic channels of mobility. In sum, there are likely to be strong incentives to keep ethnic affiliations alive even for the third generation, as long as the distance between the generations does not grow so great as to alienate the later ones.

But we caution that, however plausible it seems from today's perspective, there is no guarantee that such a scenario will occur. If there is any proven rule in population projections, it is that the patterns of the present cannot be projected indefinitely into the future, for they will change in unforeseeable ways. The level of immigration could go up, to be sure, but it could also go down – either because of restrictive legislation backed up by tougher enforcement or because the U.S. could become less attractive to one or more of the main sources of current immigration. The latter could happen for any of a number of reasons – such as changes in the labor market that eliminate some of the niches exploited by immigrants, declines in the relative quality of life in the metropolitan areas that are the main receiving areas for immigration, or a rise in the relative attractiveness and accessibility of other immigrant destinations.

An example from recent immigration history gives empirical force to these points. When the Immigration Act of 1965, the watershed event for contemporary immigration, was under consideration by Congress, the common argument was that it would lead to greatly increased immigration from the countries of southern and eastern Europe, whose applicants would qualify under the family reunification provisions. Italy alone was said to have a backlog of a quarter million visa applications (Reimers, 1992: 72). Yet, though there was a temporary, modest rise in immigration from Italy, the anticipated surge did not occur. In the interim, the United States had become less attractive to prospective Italian immigrants because of the emergence of the European Community. Why should Italians come to the United States when they can go instead to Germany and Switzerland and be able to return home at frequent intervals?

Raising the prospect of a future decline in the general level of immigration is admittedly speculative. We are on firmer ground, we believe, in predicting that the immigration of some groups will decline and will not live up to the assumption of continued inflow far into the future. The assumption, in other words, will hold selectively, not uniformly. One reason for suspecting such declines is that the level of economic development of some sending nations may approach or even catch up to that of the U.S., eliminating the motive for immigration. This has happened in the case of Japan, which sent many immigrants around the turn of the century, but currently is the source for few immigrants, other than managers in Japanese companies who are doing a tour of duty at U.S. branches and their families. It could well happen in the case of Korea. For groups whose immigration abates, the prediction of ethnic communities continually revitalized by new immigration will prove inaccurate.

2. *racial distinctiveness of many new immigrant groups.* A common argument holds that the descendants of earlier European immigrations, even those composed of peasants from economically backward parts of Europe, could eventually assimilate because their European origins made them culturally and racially similar to American ethnic core groups, those from the British Isles and some northern and western European countries. The option of assimilation will be less available to the second and later generations of new immigrant groups because their non-European origins mean that they are more distinctive, with their distinctiveness of skin color especially fateful.

While we wish to avoid at all costs a Panglossian optimism about American racism, we find this argument less compelling than many do, because we think that it treats perceptions of racial difference as more rigid than they have proven themselves historically. We grant that American treatment of non-Europeans has generally been characterized by racist discrimination of a more extreme cast, exemplified by the Chinese Exclusion Act of the late 19th century and the internment of Japanese Americans during World War II, than anything experienced by even the most disparaged of the European groups. However, the view that the pathway to assimilation was smoothed for the descendants of European immigrants by their racial identification is an anachronism, inappropriately imposing contemporary racial perceptions on the past. There is ample evidence that native-born whites perceived some of the major European immigrant groups, such as the Irish, Jews, and Italians, as racially distinct from themselves and that such perceptions flowered into full-blown racist theorizing during the high-water period of mass immigration in the early decades of this century (Higham, 1970). This is not just a matter of a language usage in which ›race‹ was treated as a synonym for ›nation‹ or ›ethnic group‹. Many Americans believed that they could identify the members of some groups by their characteristic appearance (e.g., ›Jewish‹ facial features). A curious residue of these racial perceptions has been left behind in a once common epithet for Italians – ›guinea‹. As H.L. Mencken observed in *The American Language*, the term originated in a word for slaves from the African coast. It is, in short, a color word.

Over time, the racial perceptions of the most disparaged European groups shifted. As they climbed the socioeconomic ladder and mixed residentially with other whites, their perceived distinctiveness faded (World War II, a watershed in many ways for ethnic relations among whites, also had a powerful impact on attitudes towards European ethnics). Intermarriage both marked this shift and accelerated it. We see no *a priori* reason why a similar shift could not take place for some contemporary immigrant groups and some segments of others. We think here particularly of Asian groups and light-skinned Latinos. In the case of some Asian groups, the relatively high intermarriage rates of their U.S.-born members suggest their acceptability to many whites, the most frequent partners in intermarriage, and the absence of a deep racial divide (Lee and Yamanaka, 1990). Of course, this observation is not the same as a claim that racial distinctions between whites and Asians are on the verge of disappearing. Much will depend on how the children of such intermarriages view themselves and are viewed by others (Root, 1992; Spickard, 1989; Spickard and Fong, 1995).

The most intractable racial boundary in the U.S. remains that separating those deemed phenotypically black from so-called whites. We regard it as virtually certain that this boundary will exert a powerful influence on the adaptation possibilities of individuals and groups, depending on where they are situated with respect to it. The evidence of this influence is already apparent; it is recorded in the research observations about the identificational dilemmas confronted by the children of black Caribbean immigrants (Woldemikael, 1989; Waters, 1994a) and recognized in the concept of »segmented assimilation« (Portes and Zhou, 1993). But other boundaries with a seeming racial cast may not prove as unyielding.

3. the impact of economic restructuring on immigrant opportunity. The assimilation of European-ancestry Americans is linked to opportunities for social mobility that, within a brief historical period, brought about a rough parity of life chances across many ethnic groups (though not within them, as life chances remained structured by social class origins and other factors) (Lieberson, 1980; Greeley, 1976). These opportunities were in turn linked to historically contingent, broad avenues of intergenerational movement that allowed immigrants of peasant origins with few work skills of relevance in an urban, industrial economy nevertheless to find steady employment, often in manufacturing sectors (Kessner, 1977). Similar openings are not to be found with the same frequency in the contemporary economy because of economic restructuring, which has led to the elimination of many manufacturing jobs and the degradation of others and to their replacement in the spectrum of jobs open to immigrant workers with low-level service jobs, which do not offer comparable wages, stability of employment, or mobility ladders. This result of economic restructuring is described by Portes and Zhou (1993) as an »hourglass economy«, with a narrowed band of middle-level jobs and bulging strata at the bottom and the top. The presumption is that it will be more difficult for the descendants of contemporary immigrants, many of whom enter the labor force at or near the bottom, to make the gradual intergenerational transition upwards, because the intermediate footholds in the middle are relatively scarce (Portes and Zhou, 1993). Movement into the top strata requires substantial human capital, particularly higher educational credentials, that is not likely to be within reach of all members of the second generation. A likely consequence is that, to a degree not true of European ethnics, the current second generation will experience no or even downward mobility, unless the American economy becomes more dynamic than it has been since the early 1970s (Gans, 1992).

Without question, economic opportunities are critical to the assimilation prospects of new immigrant groups. But the restructuring of the economy does not have an equally negative impact on the opportunities of all groups, because of the enormous variety among groups in the economic and social capital they bring with them and in degree of support provided by the community contexts they enter (Light, 1984; Portes and Rumbaut, 1990). Some groups, like the Cubans of Miami, have distinguished themselves by the development of ethnic subeconomies that are likely to afford the second generation better-than-average chances to succeed in the educational system and enter professional occupations. Others – several Asian groups spring readily to mind – enjoy, whether because of the professional occupations of their immigrant parents or the cultural capital they possess, high levels of educational attainment in the U.S. (Gibson, 1988; Hirschman and Wong, 1986; Model, 1988; Nee and Sanders, 1985).

Thus, the significance of economic restructuring for the second and subsequent generations is greatest for those groups described by Portes and Rumbaut (1990) as 'labor migrant' groups, like the Mexicans. Even here, we caution that the distinction from the experiences of comparable European groups, like the southern Italians, can be overdrawn, for they too did not enter an economy that was continuously generating a generous supply of opportunities for secure employment and upward mobility. A large portion of the second generation of the southern and eastern European groups came of age in the teeth of the Depression. Yet the analyses of Lieberman (1980) demonstrate that the U.S. members of these groups experienced a fairly steady upgrading of the educational and occupational attainment, even in the cohorts whose life chances would have been most affected by the Depression. In sum, the emphasis on economic restructuring in the discussion of assimilation chances for contemporary immigrant groups may suggest a too pessimistic reading of these chances.

4. changes in the ideological climate regarding ethnic diversity and in the societal support for ethnic and cultural difference. An argument sometimes encountered is that societal expectations about the assimilation of ethnic groups have been fundamentally revised in recent years and that, accordingly, the descendants of contemporary immigrant groups will face diminished pressure to assimilate, compared with their counterparts in earlier immigrations. Indeed, European immigrants and their children at times did face intensely expressed demands that they surrender their cultural distinctiveness, such as the campaign for 100% Americanization during World War I (Higham, 1970). The widely shared vision of America as a melting pot, which

reached perhaps the zenith of its popularity after World War II, can be seen as strong encouragement of assimilation.

Multiculturalism is sometimes seen as a revocation of what are taken to be earlier American norms about assimilation, and cultural diversity has been given institutional support in the contemporary era by educational policies such as bilingual education. However, the depth of acceptance of multiculturalism and related veins of thought in the body politic is certainly open to question (see, e.g., Brimelow, 1995), as is the probable impact of official policies of cultural diversity based on the evidence from Canada (see Reitz and Breton, 1994). Moreover, multiculturalist discussion has been rather narrowly focused to date, principally on educational institutions and curricula and on academic disciplines, especially the humanities and social sciences (Schlesinger, 1992; Takaki, 1993). We do not mean this observation to diminish the significance of educational institutions, but simply to indicate that the resonance of multiculturalist thinking outside of educational spheres is unclear. Nor, in our view, does the rise of multiculturalism imply that expectations of assimilation, particularly for the second and later generations, have been surrendered by most Americans. Indeed, some studies of contemporary immigrant groups suggest the opposite conclusion. For instance, Gibson's (1988) fascinating account of Punjabi Sikh children in a California school system reveals rather persistent expectations from Anglo children and teachers that immigrant children will acculturate to a white, middle-class American standard. Finally, insofar as multiculturalism could be said to have a grand ambition, to raise minority cultures to parity with the majority one (or ones), it has failed to spell out how such parity might be feasible. One dilemma it fails to surmount is an asymmetry of expectations: while members of a minority culture are expected to be bi- (but not multi-) cultural if they are to be successful in the mainstream society, members of the majority culture face no similar normative expectation and, in general, reject one categorically (see, again, Gibson's [1988] study).

Further, the distinction between the contemporary situation and the ideological climate faced by previous European immigrant groups may be overdrawn. A position with apparent similarities to multiculturalism – namely, cultural pluralism – was articulated with intellectual vigor in the final decades of mass immigration from Europe and enjoyed the support of some prominent Americans such as John Dewey (Gordon, 1964). Earlier immigrant groups also managed to find or create institutional support for their cultural diversity, ranging from the establishment of Catholic school system by Irish and other Catholic immigrants to the public school

systems in many parts of the midwest that used German as a language of instruction into the 20th century. About the latter, Kamphoefner (1994: 847) notes that, at the turn of the century, the public schools in such cities as Baltimore, Cincinnati, Cleveland, and Indianapolis, as well as in many smaller cities and towns, offered »truly bilingual programs with the school day divided between German and English«. He finds abundant evidence of the mass effects of this bilingualism even as late as the Census of 1940 (on the survival of German, see also Kloss, 1966). Other mother tongues, French and Polish among them, also found institutional anchors in public or parochial school systems (Fishman et al., 1966).

Our purposes in this section should not be misunderstood. We are not claiming that the parallels between the situations faced by the descendants of contemporary immigrants and those of earlier ones are so strong that patterns of assimilation among European Americans can be inferred as a likely outcome for new immigrant groups. But the distinctions between these situations are not always as sharp as they are made out to be. Consequently, the possibility of assimilation as a widespread outcome for contemporary immigrant groups should not be rejected out of hand.

Competing models of ethnic incorporation

The consideration of assimilation is influenced of necessity by alternative models of ethnic incorporation and the scenarios for future generations they imply. Like models of assimilation, these alternatives abstract to some degree from the experiences of specific populations in the American context. One great body of experience drawn upon is that of non-immigrant, racial minorities, chiefly African Americans and, to a lesser extent, Native Americans, Puerto Ricans and others. The models derived from the experiences of these groups tell not of assimilation but of racial exclusion, and they are relevant for new immigrant groups insofar as they appear to suggest that racial distinctiveness overpowers immigrant entry in determining the fate of new immigrant groups (Omi and Winant, 1986).

Paradigmatic is the approach taken by Robert Blauner (1972), though in fairness he does not appear to choose clearly between racial distinctiveness and mode of entry when it comes to the decisive factor for incorporation. His account places great weight on both »color«, i.e., non-European origin, and whether entry is the result of conquest and enslavement instead of more or less voluntary immigration. But, in his view, even the non-European groups that have come to the U.S. through immigration have suffered under legal and social liabilities far more extreme than the

disadvantages faced by any of the European immigrant groups, examples being the Chinese Exclusion Act of 1882, which virtually ended Chinese immigration until the middle of the 20th century and made Chinatowns into ›bachelor societies‹, or California's Alien Land Acts of the early 20th century, which were intended to bar Japanese agriculturalists from land ownership and thus hinder their success.

Blauner's arguments are paradigmatic in several respects for models of racial exclusion. For one thing, he identified ›racial privilege‹, which he defined as a ›systematic headstart‹ in the pursuit of social values« (Blauner, 1972: 22), as an intrinsic feature of American society, deeply woven into its institutional fabric. This privilege was not reducible to strictly economic terms, but included an important status component, as racial minorities provide a form of social basement, to which whites, on the main floors of the societal edifice, need not descend. For another, he stressed the institutional basis of racial exclusion, arguing that ›institutional racism‹ was more important than individual-level prejudice and discrimination in accounting for racial inequalities. He pointed in particular to institutions, such as schools and police forces, that have a salient presence in minority communities as those charged with keeping minorities in their place and, if possible, reconciling them to their lesser potentialities in the larger society.

In Blauner's view, racism in the United States is a direct outgrowth of the worldwide hegemony of Europeans over non-Europeans and thus an expression of the same forces that gave birth to colonialism. Thus, analogous analytic models apply to the racial divisions within a society as to those between colonizing and colonized nations: though he was not the first to use the concept of ›internal colonialism‹, Blauner (along with Carmichael and Hamilton, 1967) gave it prominence in application to American majority-minority relations. This concept had economic, political, and cultural aspects in his treatment, all of which converged in minority communities. The businesses and real estate in these communities remain, he held, largely in the hands of outsiders, and minority earnings in the mainstream economy flow out virtually as soon as they are brought home. The majority is given an institutional presence in minority communities though its domination of institutions of social control. Finally, the majority attempts to eradicate the psychological basis for further resistance to its hegemony by an all-out assault on the minority group's culture. Culture is one of the ›vessels of a people's autonomy and integrity; when cultures are whole and vigorous, conquest, penetration, and certain modes of social control are more readily resisted« (Blauner, 1972: 67). Hence, as do colonizers everywhere, the white

majority seeks to restrict the minority group's cultural practices and force Anglo-conformity. Such attempts are exemplified in the 19th and early 20th century repression of Native American religious rites and in the use of boarding schools to weaken Native American languages and promote acculturation. (For a compelling literary treatment of the confrontation between Native American and white cultures, see Erdrich [1988].)

Compatible with Blauner's depiction of a confrontation between colonizing and colonized nations that penetrates into all domains of social life is the dualistic analysis of the labor market as divided between sectors that are associated with distinctive regimes of monetary compensation, conditions of work, and other privileges (Piore, 1979). Because of the guarantees of employment that have grown up in the primary sector and the costs of layoffs to its employers, the secondary sector, with its poorly paid and insecure jobs, is argued to be a necessary accommodation to the elasticity required by economic cycles. But the sectoral placement of workers corresponds strongly with their racial and ethnic origins (and also with gender). Non-immigrant white workers represent the privileged stratum of the labor force and typically prefer unemployment to acceptance of jobs in the secondary sector. Minorities and immigrants, then, are forced in many cases to take the positions that white workers refuse. Dual-labor-market theory provides an account in which non-European ethnics suffer more or less permanent economic disadvantage: not only is their human capital less on average than that of white workers, but the secondary sector offers them lower economic returns on what human capital they have than equivalent workers would receive in the primary sector.

Models of racial exclusion provide an awkward fit to the experiences of many, but not all, new immigrant groups. In contrast to the model of internal colonialism, many of the new immigrants bring significant capital with them and have a strong entrepreneurial bent; they quickly own the businesses and buildings in their communities and, in the manner of middleman minorities, in other minority communities besides (Light, 1984; Portes and Rumbaut, 1990; Waldinger, 1986/87; Waldinger et al., 1990). The segregation of most of the new immigrant groups does not approach the levels experienced by African Americans or by Native Americans on reservations (Massey and Denton, 1987; Alba and Logan, 1991), weakening further the apparent applicability of concepts like internal colonialism that envision minority communities as marginalized. Moreover, the children from some of these groups do at least as well as, if not even better than, majority children in school,

although school is supposed, according to the model, to be a site where subordination is reproduced in each new generation of minority children (Bowles and Gintis, 1976); and so on. Of course, Blauner wrote before the character of the post-1965 immigration was clear; had he first observed the gulf between the experiences of post-1965 immigrants and those of earlier immigrants from the same areas, he might well have modified his account.

Nevertheless, models of racial exclusion hold some importance for new immigrant groups. They have surfaced anew in the concept of 'segmented assimilation', which describes the assimilation of some portion of the second generation into the inner-city underclass (Portes and Zhou, 1993). Segmented assimilation is arguably a form of assimilation but not of assimilation in the canonical mold, which is linked to upward social mobility. It would appear most likely as an outcome when the new immigrants are phenotypically non-white (and especially when they are 'black' according to North American standards), come from non-middle class families and are located in the inner city, and when the protection afforded by the ethnic community is weak or nonexistent (Portes and Zhou, 1993). Haitians are an example of a group vulnerable to this kind of incorporation, according to Woldemikael's (1989) study in Evanston, Illinois. Portes and Zhou (1993) see the risk of segmented assimilation as great for the Haitians and other black Caribbeans of Miami. Supportive evidence comes from Waters's (1994) study of ethnic identity among second-generation Haitian and West Indian youth in New York City. Waters finds a black American identity to be one of the three common types among these youths – the others are ethnic and immigrant, rather than racial, in character. There is a link between the form of identity expressed and the social-class 'trajectory' of the youths, with middle-class oriented youths more likely to claim ethnic identities; the black American identity appears then to be the province of youths heading into the lower class. Rumbaut's (1994) analysis of survey data from Miami and San Diego also finds a black American identity present among U.S.-born children of West Indian and Haitian immigrants, but notes that this identity is claimed by only a minority of the second generation.

Segmented assimilation may not be limited to black immigrant groups. Matute-Bianchi (1991) has found its hallmarks among Mexican-American youth in California, in particular, among those who are characterized by the Chicano and Cholo identities. She notes that these youths, who are generally U.S. born, paradoxically have lower aspirations and do less well in school than Mexican immigrants, even though their command of English is better. She argues that their identities are

reactive ones, established in opposition to more mainstream identities as defenses against the prejudices of Anglo society and poor prospects in school and the job market. The second and subsequent generations are more susceptible than immigrants to such oppositional identities because they do not have the society of origin as a reference point by which to evaluate their situation in the U.S., but instead are stuck with a U.S. frame of reference, and also because they cannot easily see their disadvantages as temporary barriers that can be overcome by ambition and hard work (Ogbu, 1991).

A very different form of incorporation suggests the possibility of a route between the Scylla of assimilation in the manner of white ethnics, on the one hand, and the Charybdis of assimilation to the underclass and its implied racial exclusion, on the other. This alternative route is represented by the model of the ethnic enclave economy and by related models that imply that immigrants and their children can draw socioeconomic advantages from ethnic solidarity, from social affiliation with and cultural loyalty to the ethnic group. An ethnic enclave economy represents the strongest and most protective of communal contexts for receiving immigrants, who can not only expect the usual help from kin and co-ethnics during the initial settlement process – e.g., finding a place to live – but even jobs in firms owned by co-ethnics, where working conditions are supportive of immigrant cultural and social needs (Zhou, 1992).

These ethnic subeconomies are characterized by a special set of conditions, most notably, ethnic ownership of many firms in interrelated sectors of the economy. Portes and his co-workers (Portes and Bach, 1985; Portes and Manning, 1986) have made strong assertions about the advantages that ethnics derive from subeconomies of this type. For one thing, immigrants are said to receive economic returns to their human capital on a par with those received by native-born workers in the primary sectors of the economy; the enclave economy allows the ethnic workers who participate in it to avoid the pitfalls of the secondary sectors in the segmented mainstream labor market (Portes and Bach, 1985). (This economic advantage has been disputed for workers, as opposed to owners, by Sanders and Nee [1987].) For another, working in ethnic firms offers routes of mobility to immigrants, who can move into supervisory positions they would presumably be unlikely to achieve in mainstream firms or even learn enough to open their own firms, perhaps with financial and other assistance from their former employers (Bailey and Waldinger, 1991). Insofar as the enclave economy is a viable equivalent to the primary sectors of the mainstream economy, it provides an economic

motive to remain within an ethnic social and cultural milieu and thus constitutes a disincentive to assimilation.

The enclave model, persuasive as it is about the compatibility of ethnic solidarity and socioeconomic success, appears nevertheless uncertain as a conceptual solution of broad application to new immigrant groups and their long-term place in the U.S. Several issues stand out. One concerns whether the enclave remains the locale for future generations of the group or, instead, serves as a platform enabling them to climb into the mainstream economy at high levels. The issue is raised by the classic example of an enclave from earlier immigrations, that established by eastern European Jews in New York during the early 20th centuries (Portes and Manning, 1985). Jews dominated a number of industries and trades – the garment industry, most famously – but Jewish owners encountered difficulties in recruiting their progeny to take their place. The second and subsequent generations frequently preferred instead to acquire advanced educational credentials and enter more prestigious, if not necessarily more lucrative, professional occupations. The same fate may happen to the future generations of current enclave groups, and there are indeed signs of this among the Koreans, who have carved out a niche in some demanding lines of business, such as fruit-and-vegetable stands in New York, which are unlikely to prove appealing to U.S.-born generations.

Whether the model can be widely emulated is a second issue. To this point, research has turned up a handful or so of examples of the enclave phenomenon, such as the Cubans of Miami, the Koreans of Los Angeles, and the Japanese of Honolulu. No doubt, there are others, but it would appear that some unusual conditions must come together for an enclave to emerge. The Cubans, whose enclave is perhaps the best known, point up some of these features. Given its origins the Castro revolution, the Cuban immigration in its early years contained a large portion of the island's former political and business elites, some of whom brought considerable capital with them. As a refugee group, the Cubans also benefited from government programs not available to ordinary immigrant groups, such as the Cuban Loan Program, which enabled many Cuban youth to attend American colleges (Portes and Zhou, 1993). It can be doubted that many other groups have the capacity to assemble as robust an ethnic subeconomy as have the Cubans in Miami, and research using 1980 Census data sustains this impression. In a study of the sectoral concentrations of owners and workers from new immigrant groups, Logan et al. (1994) found few other examples to rival the diversity of the Cuban subeconomy in Miami.

None of these alternative conceptions of how non-European immigrants might fit themselves into American society contains the promise of access to the mainstream society and its opportunities that is found in the assimilation model. This of course does not make them false, but it does underscore that they deserve the same rigorous scrutiny that the assimilation model has received in recent decades. Models of racial exclusion along the lines formulated by Blauner imply an inferior position for the new immigrant minorities, which is only capable of being improved by enduring collective efforts and, even then, perhaps only by what amount to radical changes in the American social order. The models of ethnic solidarity, such as the ethnic enclave, would appear on their face to offer as much as the assimilation model, at least in economic terms, and without demanding as the price of admission that ethnic individuals surrender much of their ethnic cultural heritage and communal attachments. But they are not cost-free, either. For solidarity to be effective, the group must have the resources needed to develop an ethnic subeconomy, and much depends upon the character of its economic niches. And individuals must remain loyal to the group, which may imply the surrender of other possibilities of personal development available in the mainstream society. At any rate, the prerequisites for this sort of success do not appear to be widely distributed among immigrant groups, despite the high levels of entrepreneurial activity of some. Thus, if persistent, widespread ethnic stratification is to be avoided by new immigrant groups, there may be no alternative to assimilation.

Conclusion

Our purpose in this paper is to propose that assimilation must be put back on the table when the outcomes of the new immigration to the U.S. are under discussion. The thick dividing line that is often drawn between these new immigrant groups, primarily from Asia, Latin America, and the Caribbean, and previous immigrant groups, mainly from Europe, is artificial and derives from simplistic readings of the course of assimilation among the children and grandchildren of immigrants from such places as Ireland, southern Italy, Poland, and Russia. Looking with hindsight, contemporary observers believe that they can see how the assimilation of the older groups was preordained, because the older immigrants were racially and culturally similar to native Americans, opportunities for social mobility were abundant in mid-century America, and so forth. They further presume that the contexts faced by, and the characteristics of, the new immigrants are different in all these respects. The claim, in short, is that the prospects for the new immigrant groups cannot be assessed by the historical experience of the older ones.

What these observers overlook is how problematic the assimilation of the older groups seemed to contemporaries at the time these groups immigrated, the end of the 19th and the beginning of the 20th centuries. Then, as now, some American cities seemed to teem with immigrants – in 1910, for instance, immigrants and their children made up 70 percent of the population of Chicago. Some native-born Americans despaired of the integration of these populations because of their seeming inferiority. Consider just one illustrative quote, from Francis A. Walker, a president of the Massachusetts Institute of Technology and one of the leading intellectual lights in the nativism of his day, who at the end of the 19th century issued a clarion call about the dangers posed by the then new immigrants. With the Darwinian framework of natural selection in mind, he characterized the immigrants as »beaten men from beaten races; representing the worst failures in the struggle for existence... They have none of the ideas and aptitudes which [...] belong to those who are descended from the tribes that met under the oak trees of old Germany to make laws and choose chieftains« (quoted by Higham, 1970: 143). While others may have lacked his gift for creating memorable phrases, the denigration of the immigrants from southern and eastern Europe was reiterated many, many times.

Yet assimilation has nevertheless been the prevalent pattern among the descendants of these immigrants, as it has also for other Americans of European ancestry. Of course, that it happened once does not prove it will happen again; to suggest so would demand another simplistic reading of history and its implications. But what it does prove, we believe, is that assimilation cannot be ruled out a priori as an important outcome for the children and grandchildren of contemporary immigrants. Assimilation must, once again, be taken seriously.

Bibliography

- Alba, Richard. 1988. »Cohorts and the dynamics of ethnic change.« Pp. 211-28 in Matilda White Riley, Bettina J. Huber, and Beth B. Hess (eds.), *Social Structures and Human Lives*. Newbury Park: Sage.
- . 1990. *Ethnic Identity: The Transformation of White America*. New Haven: Yale University Press.
- . 1995. »Assimilation's quiet tide,« *The Public Interest* 119 (Spring): 1-18.

- Alba, Richard and John Logan. 1991. »Variations on two themes: Racial and ethnic patterns in the attainment of suburban residence,« *Demography* 28 (August): 431-53.
- Alba, Richard, John Logan, and Kyle Crowder. 1995. »Spatial assimilation and white ethnic neighborhoods: The greater New York region, 1980-1990,« unpublished paper, SUNY-Albany.
- Bailey, Thomas and Roger Waldinger. 1991. »Primary, secondary, and enclave labor markets: A training systems approach,« *American Sociological Review* 56 (August): 432-45.
- Barkan, Elliot. 1995. »Race, religion, and nationality in American society: A model of ethnicity – from contact to assimilation,« *Journal of American Ethnic History* 14 (Winter): 38-101.
- Barringer, Felicity. 1993. »For 32 million Americans, English is a 2nd language,« *The New York Times* (April 28): A18.
- Blau, Peter. 1977. *Inequality and Heterogeneity: A Primitive Theory of Social Structure*. New York: The Free Press.
- Blau, Peter, Terry Blum, and Joseph Schwartz. 1982. »Heterogeneity and intermarriage,« *American Sociological Review* 47 (February): 45-62.
- Blauner, Robert. 1972. *Racial Oppression in America*. New York: Harper & Row.
- Brimelow, Peter. 1995. *Alien Nation: Common Sense about America's Immigration Disaster*. New York: Random House.
- Carmichael, Stokely and Charles Hamilton. 1967. *Black Power: The Politics of Liberation in America*. New York: Vintage.
- Conzen, Kathleen, et al. 1992. »The invention of ethnicity: A perspective from the U.S.A.,« *Journal of American Ethnic History* 12: 3-41.
- Covello, Leonard. 1972. *The Social Background of the Italo-American School Child*. Totowa: Rowman & Littlefield.
- DeSena, Judith. 1990. *Protecting One's Turf: Social Strategies for Maintaining Urban Neighborhoods*. Lanham, MD: University Press of America.
- Donato, Katharine, Jorge Durand, and Douglas Massey. 1992. »Stemming the tide? Assessing the deterrent effects of the Immigration Reform and Control Act,« *Demography* 29 (May): 139-57.
- Edmonston, Barry and Jeffrey Passel. 1994. »The future immigrant population of the United States.« Pp. 317-53 in Barry Edmonston and Jeffrey Passell (eds.), *Immigration and Ethnicity: The Integration of America's Newest Arrivals*. Washington, DC: The Urban Institute Press.

- Edmonston, Barry, Sharon Lee, and Jeffrey Passel. 1994. »U.S. population projections for national origin groups: Taking race and ethnic ancestry and exogamy into account,« *Proceedings of the American Statistical Association*, Social Sciences Section. Washington, D.C.: American Statistical Association.
- Erdrich, Louise. 1988. *Tracks*. New York: Harper & Row.
- Evans, M.D.R. 1989. »Immigrant entrepreneurship: Effects of ethnic market size and isolated labor pool,« *American Sociological Review* 54 (December): 950-62.
- Farley, Reynolds. 1991. »The new census question about ancestry: What did it tell us?« *Demography* 28: 411-29.
- Femminella, Francis and Jill Quadagno. 1976. »The Italian American family.« in Charles Mindell and Robert Haberstein (eds.), *Ethnic Families in America: Patterns and Variations*. New York: Elsevier.
- Fishman, Joshua, V. Nahirny, J. Hoffman, and R. Hayden. 1966. *Language Loyalty in the United States*. The Hague: Mouton.
- Fuchs, Lawrence. 1990. *The American Kaleidoscope: Race, Ethnicity, and the Civic Culture*. Hanover: University Press of New England.
- Gans, Herbert. 1979. »Symbolic ethnicity: The future of ethnic groups and cultures in America,« *Ethnic and Racial Studies* 2 (January): 1-20.
- . 1992. »Second generation decline: Scenarios for the economic and ethnic futures of post-1965 American immigrants,« *Ethnic and Racial Studies* 15 (April): 173-92.
- Gibson, Margaret. 1988. *Accommodation without Assimilation: Sikh Immigrants in an American High School*. Ithaca: Cornell University Press.
- Glazer, Nathan. 1993. »Is assimilation dead?« *The Annals* 530 (November): 122-36.
- Glazer, Nathan and Daniel Patrick Moynihan. [1963] 1970. *Beyond the Melting Pot: The Negroes, Puerto Ricans, Jews, Italians, and Irish of New York City*. Cambridge: MIT Press.
- Gordon, Mary. 1989. *The Other Side*. New York: Penguin.
- Gordon, Milton. 1964. *Assimilation in American Life*. New York: Oxford University Press.
- Greeley, Andrew. 1971. *Why Can't They Be Like Us?* New York: Dutton.
- . 1976. *Ethnicity, Denomination, and Inequality*. Beverly Hills: Sage.
- Greeley, Andrew and William McCready. 1975. »The transmission of cultural heritages: The case of the Irish and the Italians.« Pp. 209-35 in Nathan Glazer and Daniel Patrick Moynihan (eds.), *Ethnicity: Theory and Experience*. Cambridge: Harvard University Press.

- Guest, Avery and James Weed. 1976. »Ethnic residential segregation: Patterns of change,« *American Journal of Sociology* 81 (March): 1088-111.
- Higham, John. 1970. *Strangers in the Land: Patterns of American Nativism, 1860-1925*. New York: Atheneum.
- Hirschman, Charles and Morrison Wong. 1986. »The extraordinary educational attainment of Asian Americans: A search for historical evidence and explanations,« *Social Forces* 65 (September): 1-27.
- Kalmijn, Matthijs. 1991. »Shifting boundaries: Trends in religious and educational homogamy,« *American Sociological Review* 56 (December): 786-800.
- Kamphoefner, Walter. 1994. »German-American bilingualism: *cui malo?* Mother tongue and socioeconomic status among the second generation in 1940,« *International Migration Review* 28 (Winter): 846-64.
- Kessner, Thomas. 1977. *The Golden Door: Italian and Jewish Immigrant Mobility in New York City, 1880-1915*. New York: Oxford University Press.
- Kloss, Heinz. 1966. »German-American language maintenance efforts.« Pp. 206-52 in Joshua Fishman, V. Nahirny, J. Hoffman, and R. Hayden (eds.), *Language Loyalty in the United States*. The Hague: Mouton.
- LaRuffa, Anthony. 1988. *Monte Carmelo: An Italian-American Community in the Bronx*. New York: Gordon and Breach.
- Lee, Sharon and Keiko Yamanaka. 1990. »Patterns of Asian American intermarriage and marital assimilation,« *Journal of Comparative Family Studies* 21 (Summer): 287-305.
- Liebertson, Stanley. 1963. *Ethnic Patterns in American Cities*. New York: The Free Press.
- . 1980. *A Piece of the Pie: Blacks and White Immigrants since 1880*. Berkeley: University of California Press.
- Liebertson, Stanley and Mary Waters. *Ethnic and Racial Groups in Contemporary America*. New York: Russell Sage Foundation.
- . 1993. »The ethnic responses of whites: What causes their instability, simplification, and inconsistency?« *Social Forces* 72 (December): 421-50.
- Light, Ivan. 1984. »Immigrant and ethnic enterprise in North America,« *Ethnic and Racial Studies* 7 (April): 195-216.
- Logan, John, Richard Alba, and Thomas McNulty. 1994. »Ethnic economies in metropolitan regions: Miami and beyond,« *Social Forces* 72 (March): 691-724.
- Massey, Douglas. 1994. »The new immigration and the meaning of ethnicity in the United States,« presentation at the Albany Conference.

- Massey, Douglas and Nancy Denton. 1987. »Trends in residential segregation of blacks, Hispanics, and Asians: 1970-1980,« *American Sociological Review* 52 (December): 802-25.
- . 1993. *American Apartheid: Segregation and the Making of the Underclass*. Cambridge: Harvard University Press.
- Matute-Bianchi, Maria. 1991. »Situational ethnicity and patterns of school performance among immigrant and nonimmigrant Mexican-descent students.« Pp. 205-47 in Margaret Gibson and John Ogbu (eds.), *Minority Status and Schooling: A Comparative Study of Immigrant and Involuntary Minorities*. New York: Garland.
- McDermott, Alice. 1992. *At Weddings and Wakes*. New York: Dell.
- Mencken, H.L. 1963. *The American Language*. New York: Knopf.
- Model, Suzanne. 1988. »The economic progress of European and East Asian Americans,« *Annual Review of Sociology* 14: 363-80.
- Morgan, S. Philip, Susan Watkins, and Douglas Ewbank. 1994. »Generating Americans: Ethnic differences in fertility,« in Susan Watkins (ed.), *After Ellis Island: Newcomers and Natives in the 1910 Census*. New York: Russell Sage Foundation.
- Morawska, Ewa. 1985. *For Bread with Butter: Life-worlds of East Central Europeans in Johnstown, Pennsylvania, 1890-1940*. Cambridge: Cambridge University Press.
- . 1994. »In defense of the assimilation model,« *Journal of American Ethnic History* 13 (Winter): 76-87.
- Nee, Victor and Jimmy Sanders. 1985. »The road to parity: Determinants of the socioeconomic attainments of Asian Americans,« *Ethnic and Racial Studies* 8 (January): 75-93.
- Neidert, Lisa and Reynolds Farley. 1985. »Assimilation in the United States: An analysis of ethnic and generation differences in status and achievement,« *American Sociological Review* 50 (December): 840-50.
- Novak, Michael. 1971. *The Rise of the Unmeltable Ethnics*. New York: Macmillan.
- Ogbu, John. 1991. »Immigrant and involuntary minorities in comparative perspective.« Pp. 3-33 in Margaret Gibson and John Ogbu (eds.), *Minority Status and Schooling: A Comparative Study of Immigrant and Involuntary Minorities*. New York: Garland.
- Omi, Michael and Howard Winant. 1986. *Racial Formation in the United States: From the 1960s to the 1980s*. New York: Routledge & Kegan Paul.

- Perlmann, Joel. 1988. *Ethnic Differences: Schooling and Social Structure among the Irish, Italians, Jews & Blacks in an American City, 1880-1935*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Philpott, Thomas. 1978. *The Slum and the Ghetto*. New York: Oxford University Press.
- Piore, Michael. 1979. *Birds of Passage: Migrant Labor and Industrial Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Portes, Alejandro and Robert Bach. 1985. *Latin Journey: Cuban and Mexican Immigrants in the United States*. Berkeley: University of California Press.
- Portes, Alejandro and Robert Manning. 1986. »The immigrant enclave: Theory and empirical examples,« in Susan Olzak and Joane Nagel (eds.), *Competitive Ethnic Relations*. New York: Academic.
- Portes, Alejandro and Ruben Rumbaut. 1990. *Immigrant America: A Portrait*. Berkeley: University of California Press.
- Portes, Alejandro and Min Zhou. 1992. »Gaining the upper hand: economic mobility among immigrant and domestic minorities,« *Racial and Ethnic Studies* 15 (October): 491-522.
- . 1993. »The new second generation: Segmented assimilation and its variants,« *The Annals* 530 (November): 74-96.
- Reimers, David. 1992. *Still the Golden Door: The Third World Comes to America*. New York: Columbia University Press.
- Reitz, Jeffrey and Raymond Breton. 1994. *The Illusion of Difference: Realities of Ethnicity in Canada and the United States*. Toronto: C.D. Howe Institute.
- Rieder, Jonathan. 1985. *Canarsie: The Jews and Italians of Brooklyn against Liberalism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Root, Maria. 1992. *Racially Mixed People in America*. Newbury Park: Sage.
- Sanders, Jimmy and Victor Nee. 1987. »Limits of ethnic solidarity in the ethnic enclave,« *American Sociological Review* 52 (December): 745-67.
- Sassen, Saskia. 1988. *The Mobility of Capital and Labor*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schlesinger, Arthur, Jr. 1992. *The Disuniting of America: Reflections on a Multicultural Society*. New York: W.W. Norton.
- Smith, Tom. 1992. *A Profile of Italian-Americans: 1972-1991*. Chicago: National Opinion Research Center.
- Spickard, Paul. 1989. *Mixed Blood: Ethnic Identity and Intermarriage in Twentieth-Century America*. Madison: University of Wisconsin Press.

- Spickard, Paul and Rowena Fong. 1995. »Pacific Islander Americans and multiethnicity: A vision of America's future?« *Social Forces* 73 (June): 1365-83.
- Steinfels, Peter. 1992. »Debating intermarriage, and Jewish survival,« *The New York Times* (October 18): A1, 40.
- Stevens, Gillian. 1992. »The social and demographic context of language use in the United States,« *American Sociological Review* 57 (April): 171-85.
- Takaki, Ronald. 1993. »Multiculturalism: Battleground or meeting ground?« *The Annals* 530 (November): 109-21.
- Veltman, Calvin. 1983. *Language Shift in the United States*. Berlin: Mouton.
- Waldinger, Roger. 1986/87. »Changing ladders and musical chairs: Ethnicity and opportunity in post-industrial New York,« *Politics and Society* 15.
- Waldinger, Roger, Howard Aldrich, Robin Ward, and Associates. 1990. *Ethnic Entrepreneurs: Immigrant Business in Industrial Societies*. Newbury Park: Sage.
- Warner, W. Lloyd and Leo Srole. 1945. *The Social Systems of American Ethnic Groups*. New Haven: Yale University Press.
- Waters, Mary. 1990. *Ethnic Options: Choosing Identities in America*. Berkeley: University of California Press.
- - - -. 1994. »Ethnic and racial identities of second-generation black immigrants in New York City,« *International Migration Review* 28 (Winter): 795-820.
- Woldemikael, Tekle. 1989. *Becoming Black American: Haitians and American Institutions in Evanston, Illinois*. New York: AMS Press.
- Yancey, William, Eugene Ericksen, and Richard Juliani. 1976. »Emergent ethnicity: A review and a reformulation,« *American Sociological Review* 41 (June): 391-403.
- Zhou, Min. 1992. *Chinatown: The Socioeconomic Potential of an Urban Enclave*. Philadelphia: Temple University Press.

Autorenhinweise

Gabriele Erpenbeck, geb. 1948, Diplom-Volkswirtin. Von 1972 bis 1987 Referentin im Kommissariat der deutschen Bischöfe für die Bereiche Ausländerpolitik, Menschenrechtsfragen, europäische Fragen, Sicherheits- und Friedenspolitik, Steuerrecht. Seit 1987 Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen. Mitglied in verschiedenen kirchlichen und ökumenischen Gremien zu Fragen der Migration. Veröffentlichungen: (Hg.), *Gesundheit im Abseits? – Aspekte der Gesundheitsversorgung ausländischer Kinder und Frauen*, Hannover 1987; (Hg.), *Altwerden in der Fremde – Probleme der älteren Ausländergeneration*, Hannover 1989; Herausgabe der Zeitschrift »Betrifft: Mehrheiten – Minderheiten« (seit 1992 fünf Ausg. jährlich, Aufl. 13.000); (Hg.), *Migration, Einwanderungspolitik, ziviler Umgang mit Minderheiten*, Hannover 1993; *Ausländische Arbeitnehmer*, in: Georges Enderle u.a. (Hg.), *Lexikon der Wirtschaftsethik*, Basel/Wien 1993.

Wolfgang M. Pfeiffer, Dr. med., Nervenarzt, Psychotherapie. Professor für Psychiatrie und für Medizinische Psychologie. Mehrjährige Tätigkeit in Indonesien, dann an den Universitäten Erlangen und Münster. Seit 1984 im Ruhestand. Honorary Consultant der Sektion Transkulturelle Psychiatrie, Beirat der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie, Vorstandsmitglied der Deutsch-türkischen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und psychosoziale Gesundheit.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen der Transkulturellen Psychiatrie, der Psychotherapie und nunmehr vor allem zu Migrationsfragen. Darunter die Bücher: *Transkulturelle Psychiatrie*, 2. Aufl. Stuttgart 1994; (Hg. zus. m. Wolfgang Schöne), *Psychiatrie im Kulturvergleich*, Stuttgart 1980; *Psychologie des kranken Menschen*, Stuttgart 1986; (Hg. zus. m. Koch und Özek), *Psychologie und Pathologie der Migration. Deutsch-türkische Perspektiven*, Freiburg 1995.

Richard D. Alba, geb. 1942, Dr. phil., Professor für Soziologie an der State University des Staates New York in Albany. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Gebiete Ethnizität, ethnische Identität, Segregation, Bevölkerungssoziologie, quantitative Methodologie.

Publikationen zur Ethnizitäts- und Migrationsforschung, insbesondere auf den Themengebieten der Segregationsforschung und der Bildungsforschung, mit denen er sich auch im bundesdeutschen Kontext Beachtung erworben hat. Zu den bekannteren Arbeiten gehören: *Italian Americans: Into the Twilight of Ethnicity*,

Prentice-Hall 1985; (zus. m. John Logan), Variations on Two Themes: Racial and Ethnic Patterns in the Attainment of Suburban Residence, in: *Demography*, 28. 1991, S. 431-453; (zus. m. John Logan), Minority Proximity to Whites in Suburbs: An Individual Level Analysis of Segregation, in: *American Journal of Sociology*, 98. 1993, S. 1388-1427; (zus. m. Johann Handl u. Walter Müller), Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46. 1994, H. 2, S. 209-237.